

VOLKS-TRIBÜNE.

Sozial-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. Abonnementspreis für Berlin monatlich 50 Pf. pränumerando (frei in's Haus).

Redaktion und Expedition: 80. (26), Elisabeth-Ufer 55. Ausgabe für Speditoren: „Volksblatt“, Beuthstr. 3.

Inserate werden die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereins-Anzeigen: 15 Pf. — Arbeitsmarkt: 10 Pf. Inseraten-Annahme in der Expedition: Elisabeth-Ufer 55. Die „Berl. Volks-Tribüne“ ist unter Nr. 893 der Zeitungs-Preisliste eingetragen.

Nr. 28.

Sonnabend, den 11. Juli 1891.

V. Jahrgang.

An die Arbeitergruppen aller Länder. — Parteigenossen! — Politische Notizen. — Soziales aus England. — Der „gesellschaftliche Weg“. — Erwiderung auf die Einwände gegen meine Ausführungen über das Bodenmonopol als Basis des Kapitalmonopols. — Gedicht. — Novelle. — Beiträge zur deutschen Kultur- und Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. — Der Agrarkommunismus in Graubünden und sein Untergang. — Moralische Gedanken. — Die Vernichtung Europas.

An die Arbeitergruppen aller Länder. Genossen!

Das Rundschreiben, welches Euch zum internationalen Kongress am 18. August dieses Jahres einlud, forderte die zu uns stehenden Verbände und Parteien auf, uns vor dem 1. Juli die Punkte zukommen zu lassen, welche sie auf die Tagesordnung gesetzt haben möchten.

Alle endgültigen Mitteilungen über die Teilnahme müssen wir bis vor dem 16. Juli in den Händen haben, nur so können wir die nötigen Maßnahmen ergreifen, um diese bedeutsame internationale Versammlung, die vom 18. bis 25. August tagen wird, würdevoll vorzubereiten.

Wir werden uns keine Mühe verdrängen lassen, den Kongressbesuchern den Aufenthalt in Brüssel möglichst angenehm zu machen und diesem Weltkongress, welcher den Zusammenschluß der internationalen sozialdemokratischen Partei weihen soll, einen vollständigen und unbedingten Erfolg zu sichern.

Es sind einige Anfragen und Bemerkungen betreffend die Mandatsprüfung eingegangen: sie wird in letzter Instanz dem Kongress zufließen. Die Mandate sollen, wie gewöhnlich, durch die einzelnen Nationalitäten bestätigt werden, doch wird, im Falle so kein Einverständnis zu erzielen ist, der Kongress die Macht haben, die letzte Entscheidung auszusprechen.

Nebst dem versteht es sich von selbst, daß wie immer der Kongress alle Bestimmungen über die Geschäftsordnung zu treffen hat und wir nur am Eröffnungstage Vorschläge machen werden.

Jede Nationalität hat einen gedruckten Bericht über die Arbeiterverhältnisse ihrer Heimath vom ökonomischen und politischen Gesichtspunkte aus und über den dortigen Stand der sozialistischen Bewegung einzureichen. Auf diese Weise will man die langen mündlichen Berichte vermeiden und kurze und bündige Darstellungen der Zustände in den einzelnen vertretenen Ländern hervorrufen.

Was den Abstimmungsmodus betrifft, so ist es uns angedacht das Doppelmandats, das wir beiderseits, unumwunden, dem Kongress im Voraus einen bestimmten Vorschlag aufzuzwingen zu wollen; dieser selbst soll sich darüber aussprechen und wird sich, wie wir vermuten, auf die Abstimmung nach Nationalitäten, für die wir uns bereits auch eingenommen sind, einigen.

Uebrigens dürfen alle diese Ordnungsfragen den Hauptgegenstand nicht in den Hintergrund drängen: Die internationale Verbrüderung aller Klassenbewußten Proletarier des Erdkreises zum Zwecke gemeinsamer Beseitigung der politischen und sozialen Reformen, welche für sie von Interesse sind.

Zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert wird das Volk sehen, wie sich seine Besandten aus aller Welt die Hände reichen, die Bande, die zwischen allen Lohnarbeitern der Welt bestehen, enger und fester zu knüpfen und so die Lösung der wichtigsten Fragen vorzubereiten, die das Proletariat bewegen.

Es werden sich am 18. August in Brüssel, wir können es schon heute versichern, zusammensenden Vertreter der deutschen, schweizerischen und der österreichischen Sozialdemokratie, der Trades Unions und der Sozialdemokratie Englands, des amerikanischen Sozialismus und Unionismus, aller Ränken der französischen Sozialdemokratie und Gewerksvereinsverbände, der spanischen, portugiesischen und italienischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der niederländischen Sozialdemokratie, des skandinavischen Sozialismus und endlich der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Belgiens.

Dieser Kongress soll ein enges Einvernehmen unter dem gesamten Proletariat herstellen; denn je einmüthiger es sich zusammenschließt, desto mächtiger und gewaltiger wird es sein.

Wir erwarten, liebe Genossen, die Mitteilungen, die Ihr an uns richten werdet. Wir hoffen, daß wir zu Eurer Zufriedenheit unsere Aufgabe erledigen werden.

Mit brüderlichem Gruß. Für den Generalrath der belgischen Arbeiterpartei: Der Sekretair: Jean Volders.

Bemerkung: Den drei ersten schon früher bezeichneten Punkten der Tagesordnung dürften sich vielleicht folgende anschließen:

Der 1. Mai möge als internationaler Feiertag neben dem achtstündigen Arbeitstage dem Frieden unter den Nationen geweiht werden. (Vorschlag des revolutionären Zentralkomitees von Paris).

Annahme eines allgemeinen gleichen Namens für alle Gruppirungen der Arbeiterpartei. (Das revolutionäre Zentralkomitee von Paris schlägt vor: Internationale sozialistische Partei.)

Eine regelmäßige internationale Arbeiterstatistik und eine regelmäßige Korrespondenz zwischen den verschiedenen Ländern. (Vorschlag der belgischen Arbeiterpartei.)

Parteigenossen!

Der Parteitag zu Halle hat den Parteivorstand beauftragt, den Entwurf eines neuen Parteiprogramms auszuarbeiten und diesen spätestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Wir sind diesem Auftrage nachgekommen und bringen untenstehend den Entwurf, wie er nach reiflicher und vielseitiger Beratung festgestellt wurde, zur Kenntniß und Kritik der Genossen.

Gleichzeitig theilen wir mit, daß die Gesamtparteileitung in ihrer Sitzung vom 20. Juni einstimmig beschloffen hat, den diesjährigen Parteitag, einem Antrag der Erfurter Genossen entsprechend, nach

Erfurt

zu berufen, und ist als Eröffnungstag vorläufig

Sonnabend, der 10. Oktober 1891,

bestimmt worden.

Provisorische Tagesordnung und alle übrigen auf den Parteitag bezüglichen Bekanntmachungen werden, den Bestimmungen unserer Parteiorganisation entsprechend, zu gegebener Zeit den Parteigenossen zur Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 3. Juli 1891.

Der Parteivorstand.

Entwurf eines Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.

In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der geistigen Verarmung, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausbeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsproduktes zwischen Ausbeuter und Ausgebeutete, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee überschüssiger Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstokungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglich wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse, und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Aus-

beutung und politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig theilnehmen. In dieser Erkenntniß sieht und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und für gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe vertritt die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

- 1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 21 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Referendumsrechtes. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entschluß über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Berethigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweise steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu bedecken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

- 1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterchutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren;
c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gefährde-Ordnungen.
4. Sicherstellung des Qualitätsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Politische Notizen.

— **Erhebliche Mehrforderungen für das Militär** stehen nach der „Frankf. Ztg.“ für den nächsten Herbst in Aussicht. Zu diesem Zweck werden auch wohl schon die Kriegsgerichte in die Presse lanzirt. Natürlich wäre es geschmacklos, wenn wir uns in Protesten dagegen ergehen wollten; die Sache geht ihren Gang, den sie gehen muß; hoffentlich kommt es noch zu einer kriegerischen Explosion, denn trotz allem Jammer, den ein Krieg im Gefolge hat, ist er immer noch besser, wie dieses langsame, vampyrartige Ausaugen aller Lebenskräfte, wie es der Militarismus betr. ist. Nach dem nächsten Krieg wird es mit dem Militarismus zu Ende sein, entwickeln sich aber die Verhältnisse im Frieden so weiter, wie bis jetzt, so ist es mit Europa zu Ende. Schon jetzt können wir nicht mehr mit Amerika konkurrieren; wir stehen aber schon am Ende unserer Leistungsfähigkeit und werden noch durch die Last des Militarismus im wirtschaftlichen Kampf gehemmt; und so blüht uns denn die Aussicht, daß, nachdem die äußersten Versuche gemacht sind, die Konkurrenz auszuhalten, und man die europäischen Arbeiter vollkommen zu Kulis herabgedrückt hat, Europa ein todes Land wird.

— **Puttkamer** ist nun wirklich Oberpräsident in Pommern geworden. Daß der „neue Kurs“ aber trotzdem nicht ganz der alte mehr ist, geht aus der Thatsache hervor, daß man glaubt die Ernennung entschuldigen zu müssen. Nach der einen Version soll die Ernennung auf die Bitte der pommerschen Provinzialvertretung an den Kaiser erfolgt sein, nach der anderen deshalb, weil es Puttkamer „nötig hat“.

— **Hans Most** ist jetzt auch in letzter Instanz verurtheilt worden und wird, nachdem er schon über 10 Jahre lang in aller Herren Ländern im Gefängniß zugebracht hat, noch einmal die Qual einer einjährigen Haft zu erleiden haben. Wir gehören nicht zu seinen Freunden, aber diese neueste Verurtheilung ist eine so skandalöse, daß die verübte Gemeinheit seitens der Richter nicht scharf genug verurtheilt werden kann.

Der Fall schwebte bereits seit 3 1/2 Jahren vor den Gerichten; viele Arbeiter gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, man sei maßgebenden Orts Willens, die Sache einschlagen zu lassen. Die Kapitalistenklasse scheint jedoch zu erkennen, daß sie sich bei der Schaffsgeduld des „Riesen Arbeit“ Alles herausnehmen darf.

Most hatte über den Chicagoer Justizmord eine Rede gehalten. Kapitän McCullagh, der bekannte Sozialistenpfeifer, hatte zwei seiner Getreuen, die ein wenig Deutsch radebrechen konnten, als Spitzel in die Versammlung geschickt. Diese beiden Spitzel, Roth und Sachs mit Namen, sowie ein Reporter Namens Samuel Dreyfuß, beschworen nachher, Most habe in seiner Rede zum Aufruhr aufgereizt.

Obwohl durch eine große Anzahl glaubwürdiger Zeugen die Angaben der drei Staatszeugen widerlegt wurden und diese sich selbst wiederholt widersprochen hatten, fällt die Jury dennoch nach mehrtägiger Verhandlung ein auf schuldig lautendes Urtheil, das nicht nur alle unparteiischen Leute, sondern sogar den bei den Verhandlungen präsidirenden Richter Cowing überraschte.

Derfelbe jagte bei Fällung des Urtheils:

„John Most, Sie sind der Theilnahme an einer ungesetzlichen Versammlung und der Haltung einer Rede, in welcher Sie zu Thaten aufforderten, die den öffentlichen Frieden gefährdeten, schuldig befunden worden. Sie werden, wenn Sie offen sind, selbst zugeben, daß Sie einen unparteiischen Prozeß — seitens des Richters — hatten. Die Frage Ihrer Schuld oder Unschuld war jedoch eine Frage von Thatsachen, über die nicht das Gericht, sondern die Geschworenen allein zu entscheiden haben. Es ist nicht Sache des Gerichts, sich in Thatsachen zu mischen. Es ist meine Sache, die Entscheidung der Geschworenen zu akzeptieren, selbst wenn ich persönlich zu Schlüssen gekommen bin, die von denen der Geschworenen verschieden sind.“

Das Urtheil gab Veranlassung, daß in New-York sich Sozialisten, Anarchisten und Gewerkschaftler zu einem Aufbruch an die Arbeiter vereinigten, aus dem wir Folgendes mittheilen:

„Schlag auf Schlag wird geführt gegen die organisierte Arbeiterschaft. Einer nach dem Andern wird aus unserer Mitte gerissen, um dafür eingekerkert oder ermordet zu werden, daß er durch Wort und Schrift oder Handlung die Interessen des Proletariats wahr genommen hat. Der neueste Fall dieser Art betrifft John Most. Niemand kann wissen, wer bereits als Nächster auf der Liste kapitalistischer Nachgier steht. Es ist daher die höchste Zeit, daß die Arbeiter diesem Terrorismus gegenüber eine geschlossene Front zeigen.“

Am Mittwoch findet eine Demonstration im Cooper-Institut statt, um in dieser Hinsicht einen energischen Anfang zu machen. Ganz besonders wird aus der Mitte dieser Versammlung heraus die Gründung eines Fonds ersprießen, der dazu angewendet werden soll, künftig in jeden Schlag, welchen der Kapitalismus gegen das Proletariat wagt, rasch und zweckentsprechend zu pariren.“

— In den Angelegenheiten des **Schiensüßers Baare** hat der Staatsanwalt immer noch nichts von sich hören lassen. Bloß eine seiner faulen Gründungen ist unterdessen Pleite gegangen, wahrscheinlich unter dem moralischen Eindruck der Enthüllungen. Das Werk in Savona, das Herr Baare i. J. dem Bochumer Verein angeschmiegt hat, kann noch nicht einmal seine Arbeitslöhne bezahlen; die armen Arbeiter werden wahrscheinlich

geprellt sein. Mit der dreisten Stirn eines ergrauten Schienensüßers hatte Herr Baare noch zwei Tage vorher erklärt, daß in Savona alles gut stehe. Der Herbert dieses Industriebismarck setzte gleichfalls eine Ente in die Welt; aber so weit ist es schon mit der Dynastie Baare gekommen, daß man Herrn Baare junior auf der Börse nicht mehr geglaubt hat. Alle Säulen der Ordnung sangen an zu wanken, aber nicht, weil die Sozialdemokratie gegen sie anstürmt, sondern weil sie wurmjähig sind.

— Eine Enthüllung über die **begleitenden Umstände bei dem Sturz Bismarcks** verdanken wir Herrn Blowitz, dem der Graf Münster folgendes erzählte:

„Nach dem Austausch der gegenseitigen Begrüßungen erzählte mir der Fürst, daß er seine Entlassung eingereicht habe. Seine Stimme klang ruhig und ein Lächeln umspielte seine Lippen, als er sich dazu beglückwünschte, wieder das ihm liebe und werthe Pandleben aufzunehmen, wieder seine Wälder und Gärten besuchen und während der wenigen ihm noch vergönnten Jahre seines Lebens wieder sein eigener Herr sein zu können, ohne beständig von Krüger und Unruhe verfolgt zu werden. Ich erhob mich und sagte dem Kanzler, daß ich zu den Parlementsverhandlungen gehen wolle. Der Fürst erwiderte: „Warten Sie einen Moment. Ich will meine Uniform anziehen und Sie begleiten.“ Er verließ das Zimmer. Wenige Minuten darauf hörte ich, wie der Fürst und die Fürstin in sehr lebhafter Weise und in sehr lautem Ton miteinander sprachen. Die Unterredung dauerte etwa eine Viertelstunde, nach welcher der Fürst wieder das Zimmer betrat. Er hatte seinen Anzug nicht verändert und hielt in seiner Hand ein großes offenes Schreiben. Er war blaß geworden und sein Gesicht trug einen erregten Ausdruck. Der Fürst näherte sich mir mit den Worten: „Ich kann Sie nicht begleiten.“ Ich habe in diesem Augenblick einen Brief von jenem jungen Mann erhalten, in welchem er mir mittheilt, daß er mit dem Titel eines Herzogs von Lauenburg verstorben habe. Dies beweist deutlich, daß mein Entlassungsgeheiß angenommen und meine Schmach vollkommen ist. Ich nehme diese spöttische Entlassung nicht an. Er wird bald sehen, daß ein Bismarck nicht auf solche Weise entlassen wird.“ Er ging dann in dem Zimmer in großer Empörung auf und nieder, ließ Drohungen aus, klagte jedermann an, seine Gegner sowohl wie die Intriganten, welche wider ihn gearbeitet hätten. Ich sah, um mich kurz zu fassen, einen Mann vor mir, welcher laut über seinen Sturz eiferte. Anscheinend hatte die Unterhaltung mit der Fürstin ihn so hochgradig erregt. Von jeher hatten diese und ihr Sohn ihn zu jähren Entschlüssen veranlaßt und ihn in den überstürzten oder extremen Maßregeln, welche man ihm zum Vorwurf macht, ermuntert. Jetzt verstand ich, daß der Fürst, als er mich empfing und mit so philosophischer Gemüthsruhe und Würde von seinem Rücktritt gesprochen hatte, nicht an denselben glaubte, sondern sich der Ansicht hingab, der Kaiser würde ihn bitten, seinen Posten zu behalten und sein Entlassungsgeheiß nicht als endgültig zu betrachten. Ich gestehe, daß jetzt Ueberaschung und Betrübnis in mir wach wurden. Ich nahm Abschied von einem Manne, welcher sich im Verlaufe eines einzigen Besuches in meinen Augen so sonderbar geändert hatte.“

— Man wird sich noch der **Schloßfreilottorie** erinnern. L'appetit vient en mangeant. Jetzt bekommen wir eine **Koloniallottorie**. Es sollen für 8 Mill. Mark Loose an die, welche nicht alle werden, verkauft werden; davon sollen 4 Mill. Mark Gewinne ausgezahlt werden, 1 1/2 Mill. Mark bekommt die prostituirte Presse und die Börsenhaie, und für die übrigen 2 1/2 Mill. Mark soll ein Dampfer für den großen Wismann gekauft werden und außerdem wird man damit die christlichen Missionen und die Unterdrückung des Sklavenhandels unterstützen. „Mir ist manches schon passiert, aber so Etwas noch nie.“ Ben Aliba, schäme dich, dieses Lotteriedichthentum ist doch noch nicht dagewesen.

Die Lotterie ist bekanntlich eine Steuer, welche der Dummheit auferlegt wird; sie hat eine große Ähnlichkeit mit dem Bauernfangen, bloß, daß sie konfessionirt ist. Die ganze Sache ist vollständig à la Deutsches Reich. Die anständigen bürgerlichen Blätter klagen darüber, daß das unkonstitutionell ist, eine solche Extra-Abgabe von den Dummten zu erheben zu verartigen Zwecken. Sie möchten so gern hören, wie ihre Abgeordneten einmal mehr „ja“ sagen — denn im „Sagen“ besteht doch der Konstitutionalismus deutscher Nation! Sie mögen sich trösten; die neuen Militärforderungen werden ihnen schon genug Gelegenheit geben, sich konstitutionell zu betheiligen.

— Ueber den **Parteitag unserer österreichischen Genossen** lesen wir in österreichischen Blättern folgendes: 298 Genossen waren aus allen größeren Orten und Kronländern zu dem zweiten Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie erschienen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Parteithätigkeit, referirte Genosse Dr. Adler. Derselbe schilderte in eingehender Weise die Fortschritte, welche die Partei seit dem Parteitage zu Hainfeld gemacht und beweist durch Zahlen, daß sich die Bewegung um zwei Dritttheile ausgebreitet hat. Zu demselben Punkte sprachen eine ziemliche Anzahl von Genossen aus verschiedenen Orten und Ländern. Dieselben konnten über den Fortgang der Bewegung nur Erreuliches, über die Chitanen, welche die Genossen, insbesondere die von Böhmen, Polen, Kärnten und Steiermark, von Seiten der Behörden zu tragen hatten, allerdings nichts Schönes berichten. Aber alle Genossen versprachen, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft in die Agitation für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen ohne Furcht zu wirken.

Zum zweiten Punkt referirte Genosse Höder (Wien). Der Referent, sowie sämmtliche zu diesem Punkte sprechenden Redner erklärten die gewerkschaftliche Organisation ohne Ausschluß der Hilfsarbeiter und der Frauen für eine unbedingte Nothwendigkeit. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es u. A. heißt:

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie vom Jahre 1891 erklärt, daß die Gewerkschaftsorganisation in Rücksicht auf die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse sowohl wie auch in Rücksicht auf die politischen Verhältnisse den Arbeitern in

Oesterreich zu empfehlen ist, und empfiehlt daher den Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie in's Leben zu rufen.

Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß die gewerkschaftliche Organisation einerseits erzieherisch und materiell besser zu wirken vermag, daß dieselbe, wenn sie in sozialdemokratischem Sinne gehandhabt wird, auf das politische Leben vorzubereiten im Stande ist. Doch erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß durch die Gewerkschaftsorganisation die sozialdemokratische Bewegung in keiner Weise hintangejagt werden darf.

Zum dritten Punkte referirte Genosse Nieger aus Reichenberg. Er schildert die heutige Lage und drückt sein Bedauern darüber aus, daß durch das Borgehen der deutschen Genossen die Einheitslichkeit der Reiseier gestört und das gerade dadurch uns, den Oesterreichern, das Ruhenlassen der Arbeit erschwert wurde. In demselben Sinne sprachen sich verschiedene andere Redner aus. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der 1. Mai wird auch in Zukunft in Oesterreich durch vollständiges Ruhenlassen der Arbeit gefeiert. Die österreichischen Delegirten zum internationalen sozialdemokratischen Kongress in Brüssel werden angewiesen, darauf hinzuwirken, daß dies auch in allen Ländern so geschehe. Die Abänderung des ersten Theiles dieses Antrages steht nur dem nächsten Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie zu.

Bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes wurde beschlossen, daß überall, wo ein prinzipieller Kampf ohne Kompromiß möglich ist, die Partei in die Wahl für den Reichsrath, den Landtag und die Gemeindevertretung einzuleiten habe.

Bei Besprechung der Sozialreform wurde besonders die Unzulänglichkeit und Halbheit der Kranken- und Unfallversicherung, die Mangelhaftigkeit des Instituts der Gewerbeinspektoren sowie der Arbeiterschutzbestimmungen überhaupt hervorgehoben. In der bezüglichen Resolution wurde betont, daß vor allem anderen die Arbeiter eines wahren Koalitionsrechtes bedürfen, um sich gegen ungerechte Zumuthungen des Unternehmertumes schützen zu können. Ein freisinniges Koalitionsrecht wäre in der That die werthvollste soziale Reform. Weiter heißt es in dieser Resolution, daß insbesondere die Vorschläge zur zwangsweisen Organisation der Arbeiter, und zwar ebenso der von der Regierung eingebrachte Entwurf für Arbeitersammlungen, Genossenschaften und Einigungsämter für Großindustrie und Bergbau, sowie die liberalerfeits geplanten Arbeiterkammern, sowohl im Aufbau als in der Kompetenz engherzig und ängstlich, nur die Furcht verrathen, den Ausbeuterinteressen nahezutreten.

Die Bescheidung des Brüsseler Kongresses wurde einstimmig beschlossen und zu dessen vorläufiger Tagesordnung Stellung genommen. Der wichtigste Punkt derselben sei die Abkürzung der Arbeitszeit, welche eine Lebensfrage für alle Arbeiter sei. Bezüglich des Verhaltens bei internationalen Streiks und Boykotts wurde erklärt, daß die österreichischen Arbeiter noch nicht in der Lage sind, dafür einzutreten, da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern noch zu ungleich seien. Doch werde die österreichische Arbeiterschaft große Lohnbewegungen im Auslande stets unterstützen.

Der Punkt „Parteiorganisation und Parteipresse“ wurde einem 24gliedrigen Ausschuss zur Vorberathung überwiesen und dessen Anträge sodann vom Plenum angenommen. Diese Anträge geben auf eine Festigung der Organisation durch Beiträge und eine gewisse Zentralisation hinaus.

Soziales aus England.

(Nach Zeitungsberichten.)

Die **englischen Bergleute** sind in zwei, wenn auch nicht offen sich befeindende Lager gespalten. Gegenüber den konservativen Organisationen, an deren Spitze die Parlamentarier Burt und Abraham stehen, ist eine jüngere und radikalere Organisation, die Miners' Federation of Great Britain, deren Präsident Wikard, gleichfalls Mitglied des Parlaments, ist, in jüngerer Zeit immer mehr erstarkt.

Die Federation ist ganz entschieden zu Gunsten eines Achtstunden-Gesetzes, und ihre kürzlich zu Chester tagende Konvention instruirte ihre Delegaten, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress für kein Mitglied des parlamentarischen Komitees zu stimmen, das nicht ein Achtstunden-Gesetz begünstige. Auf dieser Konvention hielt der Präsident Wikard eine Ansprache, die einen auffallenden Gegensatz zwischen ihm und den Herren Burt und Abraham dokumentirte. Während nämlich jene beiden einen Stütz in der Arbeits-Kommission angenommen haben, erklärte Wikard die Ernennung dieser Kommission für einen Schwindel, der weiter keinen Zweck habe, als die Energie der Arbeiter in dem Kampfe für ihre Interessen durch leere Versprechungen für die Zukunft zu lähmen.

Von dem offiziellen Organ der Federation wurde kürzlich der konservativen Bergarbeiter-Organisation Burt's der Vorwurf gemacht, daß sie ihr zu Paris den Belgiern gegebenes Versprechen, im Falle eines belgischen Streiks die Ausführung englischer Kohlen möglichst zu verhindern, schmächtig gebrochen habe. Es seien gerade aus den Bezirken, wo die Burt'sche Organisation ihre Stärke habe, seit Ende April bedeutend größere Quantitäten Kohlen sowohl nach Belgien als nach Deutschland exportirt worden als durchschnittlich der Fall ist, und Burt und seine Organisation habe nicht den geringsten Versuch gemacht, das zu verhindern.

Auf dem erwähnten Kongress zu Chester wurde berichtet, daß nach umlaufenden Gerüchten: die Bergwerksbesitzer die Absicht hätten, eine Lohnreduktion anzuordnen. Es fand darüber eine lebhaftere Debatte statt und im Laufe derselben wurde darauf hingewiesen, daß die Bergwerksbesitzer in den letzten Monaten ungewöhnlich hohe Profite erzielt hätten, eine Berechtigung zu einer Lohnreduktion also nicht vorliege. Schließlich wurde folgender Beschluß angenommen: „Diese Konferenz ist erregt zu erfahren, daß die Kohlengrubenbesitzer gute Profite und Dividenden erzielen und daß keine Reduktion der Arbeitslöhne beabsichtigt ist; denn wenn das die Absicht gewesen wäre, so würde dieselbe auf einen energischen Widerstand gestoßen sein.“

Einen fortschrittlichen Geist befeuerte die Konvention auch durch den Beschluß, daß eine internationale Verbindung aller Bergarbeiter wünschenswert sei und die Federation die ame-

italienischen und australischen Arbeiter zum Anschluß an dieselbe einladen.

Vor einiger Zeit berichteten wir über das Preiswettbewerb der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Arbeiter wegen der Wahlen. Die in dieser Hinsicht von der englischen Regierung ernannte **Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse** hat jetzt einen Arbeitsplan angenommen. Nach demselben theilt sich die Kommission in drei Komitees, von denen jedes eine Gruppe von Gewerkschaften zur Untersuchung zugeordnet ist.

Für Gruppe A (Bergwerks- und Eisenindustrie und verwandte Gewerke) fungiert das folgende Komitee: David Dale (Vorsitzender), E. Harland, E. Iron, Burt, Abraham, Hewlett, W. Lewis, Gerald Balfour und G. Fowler.

Das Komitee für Gruppe B (Transport und Agrikultur) ist wie folgt zusammengesetzt: Lord Derby (Vorsitzender), E. G. Bolton, E. H. Bismarck, Tom Mann, Henry Tait, S. Winstanley, Jesse Collings, Professor Marshall, Sir Michael Hicks-Beach.

Für Gruppe C (Baugewerke, Textil-, Kleider- und gemischte Industrien) fungiert folgendes Komitee: Winstanley, W. Lumsden, W. P. Roberts, G. Roberts, Austin, Sir John Gorst, Sir Fred. Pollard, J. Courtney.

Die Kommission hat sich auch über die Gesichtspunkte geäußert, welche bei den Untersuchungen berücksichtigt werden sollen. Das ganze Untersuchungsgebiet umfaßt folgende vier Hauptabteilungen: 1. die Ursachen der Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern; 2. die Entwicklung der Differenzen, die Organisation und das Verhalten der beiden Parteien; 3. die Kosten dieser Differenzen; 4. ihrer Verhütung und Beseitigung.

Unter 1. werden in Bezug auf die verschiedenen Gewerke folgende Gegenstände berührt werden:

A. Der Arbeitslohn. 1. Feststellung desselben; 2. Berechnung desselben (Zeit-, Stück- oder Zielarbeit); 3. Art der Bezahlung (ob direkt durch den Arbeitgeber oder durch einen Subkontraktor, ob wöchentlich oder in größeren Zwischenräumen, ob in Form von Baaren (truck), von Wohnungs- oder Landbesitzung; 4. Ursachen und Regulierung der Schwankungen; 5. Unterschied zwischen den Löhnen in verschiedenen Establishments und Gegenden; 6. Wirkung von Pensionen, Lohnreduktion, Krankheits- und Unfall-Versicherung; 7. Kündigung des Arbeitskontraktes.

B. Arbeitszeit und Stetigkeit der Arbeit. 1. Normale Arbeitszeit; 2. Ueberzeit und wie sie bezahlt wird; 3. Nachtarbeiten und Bezahlung derselben; 4. Saison-Arbeit, halbe Zeit und sonstige Unregelmäßigkeit; 5. Sonntags- und Feiertags-Arbeit und wie sie bezahlt wird; 6. Regulierung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit.

C. Klassifizierung und Verteilung der Arbeit zwischen verschiedenen Gewerkschaften, Arbeitern (Frauen und Kindern), Arbeitsplätzen (Fabrik- und Hausarbeit).

D. Das Lehrlingswesen.

E. Einführung von Maschinen.

F. Vorfahrung und Qualität von Maschinen und Materialien für Produktion und Transport.

G. Sicherheits- und sanitäre Maßregeln in Werkstätten, Beleuchtung derselben, öffentliche Inspektion derselben.

H. Entlassung wegen Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

I. Weigerung, mit Nicht-Union-Arbeitern zusammen zu arbeiten.

J. Entlassung von Vorkämpfern der Arbeiter und die Anwendung der schwarzen Listen.

K. Anstellung von Ausländern.

L. Anstößige Auffeher.

M. Sympathie-Streiks.

N. Andere Differenz-Gründe.

Unter 2. (Entwicklung und Organisation des Kampfes) werden folgende Gegenstände untersucht werden:

A. Gewerkschaften von Arbeitgebern und Arbeitern, ob dieselben permanent oder temporär oder für spezielle Konflikte bestehen; ihre Regulationen, die den Mitgliedern gewährten Vorteile und ihre Taktik.

B. Streiks und Lockouts, die schwarze Liste und andere Methoden, direkt oder indirekt beteiligte Personen zu beeinflussen.

C. Importation neuer und ausländischer Arbeiter, ob unter Kontrakt oder in anderer Weise.

Unter Nr. 3 wird sich die Untersuchung auf Feststellung der ökonomischen Resultate von Streiks und Lockouts für Arbeiter, Arbeitgeber und die Gesellschaft erstrecken.

Unter Nr. 4 sollen die verschiedenen Methoden der Beilegung von Konflikten (Schiedsgerichte, Konferenz-Komitees und dgl.) und die angebotenen Beilegungsmethoden, wie das „Profit-Share-System“, „Industrial-Partnership“, die „sliding scale“ und Privat-Cooperation berührt werden.

Fragebogen, welche sich auf alle diese Gegenstände beziehen, sollen an Arbeitgeber, Arbeiter-Organisationen und Arbeiter-Reformer geschickt werden.

Die maßgebenden Kommissionsmitglieder sollen die zuverlässigste Hoffnung ausgesprochen haben, ihr umfassendes Programm schon in 10 bis 15 Jahren erledigen zu können.

Hoffentlich existiert dann noch die Bourgeoisgesellschaft, denn es wäre doch schade, wenn diese schöne Arbeit dann umsonst gemacht sein sollte.

Ob die Arbeiter wohl auf diesen Veim gehen werden? Wenn sie es wirklich thäten, so müßten sie Prügel haben, denn einen stärkeren Hohn kann es doch nicht geben, als ihnen zu sagen: Wartet nur häßlich 10 bis 15 Jahre, damit wir die Geschichte erst gründlich untersuchen können, und dann werden wir ja sehen, was sich machen läßt.

Der „gesetzliche Weg“.

Wer die Macht hat, hat nicht nur das Recht, sondern er macht es auch. Die Gesetze werden von dem gegeben, der die Macht hat, seinen Willen dem anderen aufzuzwingen.

Das ist eine Theorie, welche zuerst von der Sozialdemokratie aufgestellt ist. Die bürgerliche Anschauung von Recht und Gesetz ist eine ganz andere; in ihr steckt immer der Gedanke an eine moralische Verbindlichkeit der Rechtsnormen, noch extra neben ihrer juristischen, mag man diese moralische Verbindlichkeit nun aus einem „Naturrecht“ heraus konstruieren, oder aus der anderen Fiktion des „der Allgemeinheit Nützlichen“.

Der Grund ist klar: der Herr fesselt den Knecht nicht nur durch eine physische Kette, sondern auch durch eine moralische; denn die moralische Kette ist noch dauerhafter, wie die physische, und doppelt haltbarer. Der Kniff, durch welchen das bewerkstelligt wird, ist ziemlich einfach: man eskamotiert die Klassenunterschiede hinweg und stellt die Menschheit als eine unterscheidbare „Allgemeinheit“ hin, wo Jeder „gleich“ ist und „gleiche Rechte“ und „gleiche Pflichten“ hat.

Daß das Proletariat auf eine entgegenstehende An-

sicht kommen mußte, ist eben so klar: es empfand seine Knechtschaft, und bei dem Bestreben, sich von ihr zu befreien, mußte es die Mittel der Knechtschaft studieren. Zu den Mitteln der Knechtschaft gehören aber eben auch die Gesetze und Einrichtungen, welche sie beschützen und welche also nicht im Interesse einer fabelhaften „Allgemeinheit“ gemacht sind, sondern im Interesse einer Klasse, welche eine andere Klasse unterjocht hält.

Diese Klasse kann diese Gesetze und Einrichtungen aufrecht erhalten, weil sie die Macht dazu hat. Wenn das Proletariat also sich befreien will, so hat es nicht gegen diese Gesetze zu rebellieren, sondern es hat zu sehen, wie es die Macht erhält. Aus diesem Grunde hat auch die Sozialdemokratie immer erklärt, daß sie nur den gesetzlichen Weg gehen wolle; nicht aus bürgerlicher Tugend-sentimentalität, sondern aus der einfachen Erwägung heraus, daß jede „ungesetzliche“ Bethätigung natürlich bloß den einen Erfolg haben kann, die Schergen der Gesetze auf sich zu hegen und einen erwünschten Vorwand abzulegen, die Partei niederzuknappeln.

Das ist so klar, daß es jeder einsehen muß, dem nicht durch Doktrinarismus und falschen Idealismus die Augen verblendet sind. Die Anarchisten mit ihrer entgegengegesetzten Taktik befinden sich im vollständigen Irrthum, den ihnen die Wirklichkeit überdies tagtäglich vorweist. Die Begeisterung und Opferwilligkeit dieser Leute ist oft bewunderungswürdig; aber welchen Nutzen hat sie? Wenn ein Anarchist, wie das kürzlich in Frankreich geschehen ist, als Soldat den Gehorsam verweigert, so wird er einfach auf ein Jahr eingesteckt, die Anderen sagen: „der Mann ist ein Narr“, und das Opfer hat keinen Erfolg gehabt. Wäre der Mann ruhig geblieben, und hätte er in der Kaserne im Privatgespräch den anderen Soldaten seine Ansichten entwickelt, so hätte er vielleicht eine Menge Leute für die Sache des Proletariats gewinnen können.

Eben so klar aber ist natürlich, daß wir uns mit der Gesetzlichkeit unserer Mittel nicht moralisch in die Brust zu werfen haben; denn es handelt sich ja hier eben darum, daß wir nicht auf den moralischen Veim unserer Unterdrückten gehen; wir gehen bloß aus Opportunitätsgründen mit den gesetzlichen Mitteln vor.

Wie sich die Sache späterhin gestalten wird, können wir jetzt natürlich noch nicht wissen. Aber darüber brauchen wir uns wirklich keine grauen Haare wachsen zu lassen. Denn ob man sagt: wenn wir erst so mächtig sind, respektive die Anderen so schwach, daß wir machen können, was wir wollen, so werden wir „ungesetzlich“ oder immer noch „gesetzlich“ verfahren — das ist schließlich bloß eine Form- und Zeremonienfrage. Man wird sich erinnern, welches Geschrei 48 und 49 in Preußen darüber erhoben wurde, ob man noch auf dem Rechtsboden stehe oder nicht, und wie dann schließlich der „Rechtsboden“ hergestellt wurde; trotzdem aber fanden damals die einschneidendsten Veränderungen statt, welche in ihren Folgen zu einer vollständigen Revolutionierung Preußens geführt haben.

Wahrscheinlich wird sich die Sache so gestalten, daß unsere Gegner selbst den „gesetzlichen“ Weg verlassen. Es wäre ja doch immer noch nicht ausgeschlossen, — es müßte freilich sonderbar zugehen — daß wir eine sozialdemokratische Mehrheit in den Reichstag bekommen. Trotz der geringen Befugnisse, die der Reichstag hat, könnte er dann doch mit gesetzlichen Mitteln die Regierungen zwingen: entweder auf seine Wünsche einzugehen oder einen Staatsstreik zu machen. Natürlich würde das Letztere geschehen; und damit wären wir ja bein schon vom gesetzlichen Wege abgewichen. Das Weitere wäre dann eben nur dadurch zu entscheiden, daß die beiden Gegner ihre Macht mäßen.

Darauf kommt es allein an: mächtig zu werden, das heißt ein zielbewusstes Proletariat schaffen. Zu diesem Zweck heißt es, auf dem gesetzlichen Wege zu bleiben, aber natürlich immer mit dem Bewußtsein, daß man nur deshalb auf ihm bleibt, weil man auf ihm bleiben muß.

Erwiderung auf die Einwände gegen meine Ausführungen über das Bodenmonopol als Basis des Kapitalmonopols.

Von Benedict Friedlaender.

II.

Was die „Robinsonade“ anbelangt, so hat diese natürlich ihre Schwächen, wie ich auch zugestanden habe. Sie dient auch nur zur Einführung in den Gedankenkreis; wer sich einmal an der Hand der zwar vielfach einseitigen, aber im Ganzen sehr lesenswerthen und leider nicht genug geleseenen Schriften Georges', Flürscheim's und Herkha's in das Problem der Bodenrente vertieft hat, bedarf einer solchen Krücke nicht mehr. Man errichte in Deutschland einen streng sozialistischen Staat und gebe mir nur das unumschränkte Besitzrecht auf den Boden, nur auf den Boden, ohne eine einzige Maschine u. s. w., und die Macht, jenes Recht auszuüben. Ist es nicht sonnenklar, daß ich in diesem Falle — wenn anders ich wollte — eine Ausbeutung vornehmen könnte, wie sie noch gar nie dagewesen ist?*)

*) Das wird kein Sozialdemokrat ableugnen, denn er verlangt nicht einseitig Verneinung der industriellen Produktionsmittel, sondern er verlangt das, was die Bodenreformer verlangen und noch mehr dazu. Nicht, daß sie den Boden zum Gesellschaftseigentum machen will, wie die Sozialdemokratie den Bodenreformer vor, sondern daß sie nur den Boden dazu machen will. Da Herr F. in diesem Punkt von den Bodenreformer abweicht, so trifft ihn natürlich dieser Vorwurf nicht.

Um aber auf die Robinsonade zurückzukommen, so wird mir eingewandt, die Einzelnen müßten doch nicht nur essen und wohnen, sondern auch sich kleiden. Ja wohl! Aber laßt nicht auf jeden wollenen Rock die Bodenrente in Form der Pacht für das Weideland, auf dem die Schafe sich ernährten; muß nicht die Bodenrente bezahlt werden für den Boden, auf dem die verschiedenen Fabrikanlagen und Arbeiterwohnungen standen, die zur Verwandlung der Wolle in Röcke nothwendig sind? Die Wichtigkeit der Bodenrente gleicht jenen bekannten Bezirkebildern, auf welchen man die Kasse („Wo ist die Kasse?“) sofort erblickt, wenn — man sie erst einmal gesehen hat, vorher aber oft lange vergeblich danach sucht. — Daß bei Bestehen des privaten Bodenbesitzes auch der Besitzer von anderen Werthen aller Art, namentlich der Industrielle die Macht hat, arbeitslosen „Erwerb“ zu beziehen, hat Niemand in Abrede gestellt, am wenigsten aber ich. — Auch habe ich ganz ausdrücklich hervorgehoben, daß ich im Gegensatz zu den Anschauungen der meisten Bodenreformer eine Vergegensetzung des Bodens nicht für ausreichend erachte.

„Die Idee, die Arbeiter durch den Besitz eines Stückes Land widerstandsfähiger gegen das Kapital zu machen, ist geradezu grotesk“ ... jagt mein Gegner und ich stimme ihm völlig bei. Der Ausdruck „grotesk“ ist eher noch zu milde. Aber wo habe ich denn den Vorschlag gemacht? Ich habe angedeutet, die Bodenrente müsse in den Besitz der Gesellschaft fließen und eventuell zu gleichen Theilen an Jedermann vertheilt werden. Wenn mehrere Personen ein Schiff gemeinschaftlich besitzen wollen, so brauchen sie es doch auch nicht in so viele Theile zu zerschneiden, wie Teilnehmer vorhanden sind.“)

Die Reihenfolge der Maßregeln, durch welche am schnellsten und sichersten die Einrichtung einer rein demokratischen und streng sozialistischen Gesellschaft erreicht werden könne, ist ein schwieriges Kapitel. Die unmittelbare Vergegensetzung dazu besonders geeigneter Industrien habe ich selbst ausdrücklich befürwortet und daß damit, ganz in Uebereinstimmung mit meinem Gegner, in erster Linie die in Kartellen u. s. w. vereinigte Großindustrie gemeint war, ist wohl fast selbstverständlich. Uebrigens sind wohl gerade die mächtigsten Großindustriellen auch Eigentümer des Bodens, auf dem ihre Fabriken u. s. w. stehen, und ein großer Theil ihrer Einkünfte fällt unter den Begriff der Bodenrente. Daß man sich die Besitzer kleiner landwirthschaftlicher Boden-Parzellen nicht durch politisch unkluge Maßregeln zu Feinden machen wird, ist ganz selbstver-

*) Ich muß zugeben, daß ich in diesem Punkt meinen Gegner falsch verstanden habe, da ich durch die Ausführungen eines anderen Bodenreformers verführt wurde, Herrn F. diese Ansicht unterzuschreiben.

Allein auch wenn die Bodenrente in den Besitz der Gesellschaft flöße und zu gleichen Theilen vertheilt würde, so möchte das den Arbeiter nicht widerstandsfähiger im Kampf gegen das Kapital. Die englische Armengesetzgebung garantierte dem Arbeiter im Fall der Arbeitslosigkeit immer ein gewisses Einkommen, das wohl nicht geringer war, als das Einkommen aus der Grundrente wäre, und die Arbeiter wären dem Kapital gegenüber doch ebenso hilflos, wie sonst. Der Grund, weshalb das nicht nügen würde, ist auch ziemlich klar einzusehen. Nehmen wir an, daß in 12 Stunden Arbeit des Arbeiters 6 Stunden nothwendige Arbeit zur Reproduktion seiner Arbeitskraft stecken und 6 Stunden Mehrarbeit. Die Quote der Grundrente, welche der Arbeiter erhält, sei gleich zwei Stunden Arbeit. Dann würde die Einnahme des Arbeiters zunächst sein: Lohn (6 Stunden) + Grundrentenquote (2 Stunden), zusammen 8 Stunden. Zur Reproduktion seiner Arbeitskraft braucht der Arbeiter aber bloß 6 Stunden; und da wird denn gar bald der Kapitalist kommen und ihm einfach 2 Stunden von seinem Lohn kürzen, so daß der Arbeiter jetzt nur noch Lohn (4 Stunden) + Grundrentenquote (2 Stunden) = 6 Stunden hat, wie früher; der Kapitalist könnte aber den Arbeitstag nunmehr einteilen in 4 Stunden nothwendige Reproduktion seiner Arbeitskraft und 8 Stunden Mehrarbeit; mit anderen Worten: der ganze Effekt bei der Sache wäre der, daß der Staat die Grundrente eintrübe, damit die Kapitalisten billige Arbeitskräfte haben, oder: der Kapitalist bezahlt die Grundrente durch Vermittelung des Staates und des Arbeiters an sich selbst, statt wie jetzt direkt an den Grundbesitzer.

Man kann entgegenen: Ja, aber der Arbeiter hat doch immer die sichere Einnahme von zwei Stunden, und wenn er streikt und der Lohn entgeht ihm, so hat er doch immer etwas, woran er sich halten kann. (Wobei man, nebenbei gesagt, immer eine dem Arbeiter wohlgefällige Staatsmacht voraussetzen muß, denn andernfalls kann ihm dieser Vortheil mit Leichtigkeit entzogen werden.) Der Arbeiter kann, wird man sagen, durch das Streiken sich diesem Herabziehen des Lohnes widersetzen, ja, er wird allmählich höheren Lohn erzwingen können.

Da muß man nun das Wesen der Streiks studieren. Der Unternehmer fragt sich beim Streik nicht: „was kostet mich die Sache?“ Das heißt: was entgeht mir dadurch, daß ich die Zeit des Streiks über keinen Mehrerwerb bekomme, daß meine Maschinen es verschleifen, ohne daß sich dieser Werth reproduziert u. s. f. Ist dieser Verlust größer als der Verlust, den ich erleide, wenn ich von jetzt an höheren Lohn zahle, oder ist er größer, als der Vortheil, den ich habe, wenn ich von jetzt an niedrigere Löhne zahle.“ — Je mehr Geld die Streikenden haben, desto länger können sie es aushalten, desto größer wird der Verlust des Kapitalisten. Und wenn sie den Werth von zwei Stunden Arbeit täglich erhalten in Gestalt ihrer Grundrentenquote, so können sie bedeutend länger aushalten, wie sonst. Dafür aber winkt dem Unternehmer auch ein viel schöneres Ziel, wie sonst: eine Lohnherabsetzung von 33% pCt.; und einer solchen weil möglichen (durch die Grundrentenquote ermöglichten), auch dauernden Lohnreduktion gegenüber wird es ihm auf ein paar Monate Streik mehr oder weniger nicht ankommen. Ewig können die Arbeiter ja nicht streiken; wenn sie den Werth von 6 Stunden gebrauchen, so können sie wohl mit Hungern und Sorgen eine Zeit lang mit zwei Stunden auskommen, aber dann hört es auf. Zuletzt wird immer der Unternehmer der Sache die sein. — Natürlich kann nicht jeder Unternehmer sich einen solchen Preisverfall leisten, sondern nur der große und kapitalkräftige; der andere geht pleite. Folge wäre also neben dem andern auch die unvermeidliche Kapitalkonzentration.

ständig. Aber jene kleinen „Besitzer“ sind meist nicht mehr die wahren Eigentümer — sobald sie nämlich, was wohl meist der Fall ist, Hypotheken auf ihren Boden haben. Die wichtigste Maßregel wäre also Befreiung der Hypothekenzinslast, eine Maßregel, gegen welche jene wohl nichts einzuwenden haben würden. Ueberhaupt will ich noch einmal darauf hinweisen, daß gerade die allerschlimmste Form des arbeitslosen Erwerbs — (z. B. Rothschild) ganz unmöglich wäre nach Vergesellschaftung des Bodens. Denn ihre Einkünfte bestehen größtenteils aus direkter Bodenrente (Quecksilberbergwerke, Petroleumquellen) oder indirekter — wie ich sagte „verkappter“ — Bodenrente in Form des Hypothekenzinses. — Zum Kapitel der Einseitigkeit der Flürscheim'schen Theorie will ich zu den schon ausgesprochenen Einwänden noch folgende hinzufügen.

Nach Flürscheim sollen die Industriellen zwar unbeschränkte Eigentümer der Fabrikanlagen sein, aber der Boden, auf dem sie stehen, soll Eigentum der Allgemeinheit sein. Die Bodenrente würde in Form der Pacht an letztere alljährlich ausbezahlt werden. Nun scheint es mir so, als ob während des laufenden Pachtvertrages der Maschinenbesitzer Bodenpächter ganz ähnlich wie heute naturgemäß dahin streben würde, möglichst viel Arbeitskräfte zu ersparen, d. h. Arbeiter aufs Pflaster zu werfen, behufs Steigerung der Rente. Nach Ablauf des Pachtvertrages — so würde vielleicht ein unbedingter Vertreter Flürscheim's einwenden — könnte und würde ja dann die Bodenpacht erhöht werden. Aber das würde nicht entschädigen für den vorher eingestreckten Profit und die Ueberzählichmachung von Arbeitskräften. Dem könnte man nur vorbeugen — und das ist ein Gedanke Herzka's — wenn jeder Unternehmer (oder im Herzka'schen Sinne jede produzierende Genossenschaft) verpflichtet wäre, jede ihm sich anbietende Arbeitskraft anzunehmen und ihr den im Wesentlichen gleichen Antheil des Erlöses auszubezahlen. Ein anderer Einwand gegen Flürscheim ist der, daß ganz abgesehen von den Einkünfteverhältnissen der unbeschränkte Eigentümer der Maschinen eine Art von gesellschaftlicher Obrigkeit seinen Arbeitern gegenüber darstellt, welche sich mit der Forderung völliger Freiheit nicht vereinbaren läßt. Eine technische Leitung eines industriellen Unternehmens wird ja wohl eine sachliche Nothwendigkeit bleiben, aber der technische Leiter hat aus der freien Vereinbarung der Arbeiter hervorzugehen. — Der Unterschied zwischen der von Henry George begonnenen und von Flürscheim fortgesetzten Richtung einerseits und derjenigen Marx' und seiner Anhänger andererseits ist lange nicht so groß, als die meisten, die nur die eine Gruppe von Schriftstellern genauer kennen, auf den ersten Blick glauben.

Marx beginnt seine Betrachtungen mit dem vom Unternehmer aus den Arbeitern ausgepreßten „Mehrwert“. Sein Buch ist bekanntlich noch nicht vollständig und eine zusammenhängende Darstellung der Grundrente fehlt. Die George'sche Richtung hingegen beginnt umgekehrt gerade mit Betrachtung der Grundrente und hört beim Unternehmerprofit auf — oder gelangt überhaupt nicht zu demselben.

Es sind das zwei verschiedene Wege, die beide ihre Vorzüge haben und die schließlich meines Erachtens zum gleichen Resultat kommen müssen.

So ist es beispielsweise Herzka ergangen, in dessen afrikanischem Phantastestaate weder ein Privatanspruch

*) In der Uebergangszeit bei den kleinen Grundbesitzern die Gesellschaft die Hypotheken übernehmen zu lassen, ist übrigens auch eine bereits von Sozialdemokraten ausgesprochene Idee; z. B. von Engels in der Vorrede zu seinem „Bauernkrieg“.

auf den Boden, noch ein solcher auf die Produktionsmittel existiert. Wer aber nur den einen Gedankengang kennt, mißtraut dem andern und glaubt, er führe auf Abwege. Der Arbeiter insbesondere, der immer sehr persönlich mit seinem Arbeitgeber zu thun hat und diejenigen Personen nicht kennt, die weder Arbeiter, noch Arbeitgeber sind und mit der Arbeit außer Koponabschneiden u. s. w. überhaupt nichts zu schaffen haben, glaubt deswegen leicht, daß der vorzugsweise Kampf gegen die Grundrente eine halbe, laue oder überhaupt weniger radikale Idee sei, wie diejenige Marx'. Sie kann, wie alle Ideen, einseitig vertreten werden und wird es auch zum Theil. Es ist aber verfehlt, Einseitigkeit gegen Einseitigkeit zu setzen und sich einer Schriftstellergruppe oder einem Gedankengang ausschließlich hinzugeben. Der folgewichtigste Ausbau der George'schen Richtung scheint mir Herzka zu sein, der in seinem „Freiland“ Einrichtungen durchaus sozialistischer Natur schildert. Durch seine Schwärmerei für Afrika und etwas abenteuerliche Kolonisationspläne werden seine politischen und sozialen Theorien nicht schlechter. Das Programm der deutschen Sozialdemokratie ist so allgemein gehalten, daß einigermaßen verschiedene Formen der Gesellschaft ihnen Genüge leisten würden.

Herzka's „Freie Gesellschaft“ gehört zweifellos dazu. Will man aber zwischen Herzka's Grundgedanken und denen, die bei der deutschen Sozialdemokratie anscheinend vorherrschen, überhaupt einen Unterschied finden, so würde es sich zeigen, daß Herzka eher radikaler, als weniger radikal als jene ist. Das Fehlen jeder und jeglicher Bureaucratie, sowie die Aufrechterhaltung der völligen persönlichen Freiheit bilden gerade die am scharfsinnigsten dargelegten Ausführungen seines Systems.

Produktion und Technik.

— H. M. Verwendung der elektrischen Kräfte beim Bau. Beim Bau der neuen Senfer Hauptpost verwendet man die Elektrizität zum Hinaufbefördern der Lasten. Der Vorgang ist kurz folgender: Im Erdgeschoß des Neubaus befindet sich eine dynamo-elektrische Maschine, welche durch Wasserkraft getrieben wird. Sie kann unmittelbar für Kraftübertragung und Licht benützt werden und arbeitet ohne Värm und mit großer Regelmäßigkeit.

Der vom Dynamo erzeugte Strom wird in den ersten Stock zu einem dort befindlichen zweiten Dynamo geführt. Letzterer treibt mehrere Krähne in Bewegung. Einer davon kann auf der ganzen Länge des Baues (etwa 80 Meter) gerollt und im Kreise bewegt werden, d. h. man kann damit an jeder beliebigen Stelle am Boden Lasten aufnehmen und oben absetzen.

Ein einfacher Stromschalter genügt, die Baumaterialien hinaufzuziehen und die Schnelligkeit zu bestimmen. Gewöhnlich braucht es eine Minute, um eine Last von 1000—3000 Kilogr. 15 Meter hoch hinaufzubefördern, für größere Gewichte ist entsprechend mehr Zeit erforderlich. Eisenbahnen, die man hinaufzieht, wiegen z. B. 8000 Kilogr. Man erkennt die Borthelle für das Kapital sofort, wenn man bedenkt, daß zur Hebung von 3000 Kilogr. acht Mann dreißig Minuten arbeiten mußten. Selbst die Mithilfe eines Mechanikers ist unnöthig gemacht, da alle Dynamos automatisch sind und die Wasserkraft der Geschwindigkeit und Gewichtslast, die man haben will, immer proportional bleibt.

— Geh. Rath Ulrich giebt in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ 1891, 1. Heft) in einem beachtenswerthen Aufsatz eine Uebersicht der überaus glänzenden finanziellen Ergebnisse der Eisenbahn-Verkauflichung in Preußen, welcher wir folgende Zahlen entnehmen. Nach Verzinsung der Eisenbahnschuld haben die preussischen Staatsbahnen die folgenden Reinerlöse für die Verwendung für allgemeine Staatszwecke ergeben:

1885/86	97 375 386 M.
1886/87	67 614 038 „
1887/88	108 992 265 „
1888/89	133 473 927 „
1889/90	156 408 613 „

Die Art von Sozialismus, welche hier geübt wird, sagt und ja allerdings nicht zu; aber immerhin geben doch diese

Zahlen einen glänzenden Beweis für uns. Wir sind freilich nicht so kühn, wie der Verfasser des Aufsatzes zu behaupten, daß diese Steigerung der Ueberschüsse von einer besonders genialen Verwaltung herrühren; selbst bei dem besten Willen zur Schmeichelei wäre uns das unmöglich zu behaupten; das ist einfach das Ergebnis der allgemeinen Produktionssteigerung, an der naturgemäß auch das Verkehrswesen Antheil hat. Allein durch die Verstaatlichung ist diese Steigerung immerehin dem Staat zu gute gekommen, und nicht einigen Aktionären; und wenn der Staat auch freilich nicht die Gesamtheit repräsentirt, so könnte er es doch, und wenn auch gegenwärtig diese Ueberschüsse nur zur Fütterung von Soldaten verwendet sind, so könnten sie doch auch zu Kulturzwecken angewendet werden. Es würde eben bloß darauf ankommen, daß wir die politische Macht bekämen. —

Die Berliner Volks-Tribüne

ist durch nachnamnte Personen zu beziehen:

Für das Ausland:

- England.**
- F. Olang,** London, 16 Rathbone Place.
- Frankreich.**
- J. Schmidt,** Paris, Rue Bleue 3.
- Dänemark.**
- H. Wolff,** Kopenhagen, Ohlenschlägersgade 43.
- Amerika.**
- Herminghaus Brothers,** St. Louis, 2022 Washstreet.
- Schweiz.**
- Buchhandlung Grütliverein,** Zürich.

Für Deutschland:

- W. Abels,** Gelsenkirchen, Kirchstraße 18a.
- W. Asmussen,** Hamburg, St. Pauli, Fischerstr. 43.
- J. Alker,** Sorau i. L., Neustadt 10a.
- H. Arendt,** Jittau, Breitestr. 18.
- Aug. Bartels,** Bremen, Humboldtstr. 87.
- H. Bennenwit,** Wetzlar, Hofstr. 5.
- H. Biehler,** Isehoe, Gartenstr. 1.
- A. Brümmer,** Halberstadt, Burchardstr. 18a.
- F. Garbling,** Garz a. d. Oder.
- G. D. Brünge,** Geseesmünde, Köperstr. 7.
- Chr. Guder,** Spremberg i. L., Bauenerstr. 42.
- H. Gathe,** Rowaves, Friedrichstraße.
- A. Geyer,** Cottbus, Neustädterstr. 333.
- A. Gölger,** Dortmund, Krautstr. 7.
- H. Baumgart,** Memle b. Bochum Nr. 107.
- C. Bielenberg,** Köln a. Rh., Thieboldtstraße 70.
- J. Cahn,** Hamburg, Eimsbüttler Chaussee 35, Hs. D.
- F. Conrad,** Plegnitz, Mittelstr. 57.
- St. Chmilowski,** Wehe, Mühlenstr. 22.
- H. C. Doose,** Hamburg, II. Jakobstr. 11.
- A. Degele,** München, Brunnstr. 12.
- F. Feustel,** Greiz, Partgasse 82.
- H. Faust,** Frankfurt a. M., Bromgasse 8.
- Frank u. Widmaier,** Stuttgart, Retraitestr. 11.
- F. Fischer,** Ulm, Gerbergasse 57.
- H. W. Fröh,** Lohmar, Thüringen.
- Frankfurter Volksstimme,** Frankfurt a. M., Mainstr. 15.
- Chr. Fleischer,** Weimar, Schloßgasse 13.

Briefkasten.

London. Versammlungsberichte können wir leider nicht bringen, da der Raum des Blattes zu beschränkt ist und die Leser so zerstreut wohnen, daß wir dann nothgedrungen von allen Städten Berichte bringen müßten. — Ueber die betr. Rede haben wir nichts gebracht, weil wir nicht gern „vorlaut“ sind.

F. I. Sidi Bel-Abes. Abonnementsbetrag pro 3. Quartal empfangen.

H. S. Reichenbergerstr. 121. Wollen Sie sich gefälligst nach unserer Expedition bemühen 8—1 Uhr Vormittags oder 3—7 Uhr Nachmittags.

Für die Gemagregelten in Bielitz gingen ein Bl. Kuratowski, Berlin, Holzmarktstr. 2, 30 M., von Hannover 5 M. Summa 35 M. Mit bestem Dank G. Fröhlich, Bielitz, Oesterreichisch-Schlesien.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Artikel: Die Budgets der europäischen Staaten sind die 2,392,000 Kriegsstärke der regelmäßigen Truppenmacht Rußlands unter England gerathen, ebenso die 830,000 Pferde. Bei Oesterreich muß es statt 724,000 Pferde heißen: 274,000.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

General-Versammlung

am Dienstag, den 14. Juli 1891, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen R. Jütke über: „Die Verbrechen und ihre Ursachen“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal und der Kasse. 4. Berichtserstattung des Vorstandes. 5. Wahl des gesamten Vorstandes. 6. Verschiedenes und Fragelasten.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

General-Versammlung

am Dienstag, den 14. Juli 1891, Abends 8 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragelasten. **Mitgliedsbuch legitimirt.**

Der Vorstand.

Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maß, empfiehlt wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen

J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstr. 18, Ecke der Stettinerstrasse.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Ernst, Berlin. — Verleger und Drucker: Maurer, Werner, Dimmich, sämtlich in Berlin SO., Eißnberg-Ufer 55.

Kartell der Berliner Bau-Arbeiter.

Oeffentliche Versammlung

der Bau-Arbeiter Berlins

am Sonntag, den 12. Juli 1891, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Saale der „Aktien-Brauerei Friedrichshain.“

Tages-Ordnung: Die Ziele und die Zwecke des Kartells der Berliner Bau-Arbeiter und die Stellung der einzelnen Körperschaften zu denselben. 2. Die Stellungnahme zum internationalen Arbeiter-Kongress in Brüssel. 3. Die Ersatzwahl für ein Mitglied des Ausführungsausschusses. 4. Die Rechnungslegung des Ausschusses.

Da die Versammlung um 2 Uhr geschlossen sein muß, erucht um pünktliches Erscheinen

Der Ausführungsausschuss des Kartells der Berliner Bau-Arbeiter
F. A. C. Thieme, Typset.

Bibliothek politischer Reden. Hest 7 ist soeben erschienen.

Zu beziehen durch die Verlags-Buchhandlung von **Wörlein & Co., Nürnberg.**

Die **Solportage-Buchhandlung** von **H. Winner, Zerlorn, Ohl 19,** liefert auf Verlangen alle literarischen Werke, welche von Max Schippel-Berlin (Berliner Arbeiter-Bibliothek), F. S. W. Diez-Stuttgart und vom Verlag des „Vorwärts“ herausgegeben werden. — Empfehle den Genossen gleichzeitig die Bilder: „Triumph der Arbeit“ und „Nati Marx“, sowie in kleinerem Format: Ferd. Lassalle, Geib, Brause, Adäcker, Reinders, Kaiser, Hasenclaver u. A.

Bringe den Genossen mein **Weiß- und Bairischbier-Local** in Erinnerung. **Vereinszimmer mit Piano** zu vergeben. **Zahlstelle der Metallarbeiter-Frankenkasse, des Metallarbeiter-Verbandes und der Töpfer.**

Otto Dietze, Reinickendorferstraße 54.

Nur ein Gedanke!

Von
Alexander Petöfi (1846).

Nur ein Gedanke plagt mich kummervoll:
Daß ich im Bett, auf Stößen sterben soll!
Himmelstend wie die Blume, stillverjagt,
An der geheimen Wurzel nagt;
Zerschmelzend langsam, wie das Licht vergeht,
Das einsam in der leeren Stube steht!

Gieb solchen Tod mir nicht, mein Gott!
Nicht solchen Tod voll Hohn und Spott!
Will sein ein Baum, durchzuckt vom Blitzestrahl,
Ober den Sturm entwurzelt im Thal;
Will sein ein Fels, der vom Gebirg hinab
Sich donnernd niederstürzt ins tiefe Grab!

Wenn jedes Sklavenvolk dem Joch entflieht,
Bereut bereinst ins Feld zum Kampfe zieht,
Das Antlitz roth, entrollt die rothe Fahne,
Drauf golden prangt, was jetzt noch gleich dem Wahne:
„Die Weltfreiheit!“
Und weit und breit

Nur diese Losung Ost wie West erweckt,
Und die Tyrannen ruft zum Kampfe erschreckt:
Dann will ich fallen dort;
Auf jenem Feld der Schlacht sofort
Entließe meines Herzens junges Blut,
Und haucht ich aus das letzte Wort im freudigen Ruch,
So mögen es verschlingen Schwertgeklirr,
Dromedentön, Geschützesdonner, Värmten wirr.
Und über meinen Leichnam hin
Seh' im Galopp das Ross, zertretend ihn,
Wenn zum erschrocknen Sieg dahin man fliegt;
Laßt dort mich liegen, bis das Recht erfiegt,
Und meine Knochen man erst sammeln mag,
Wenn anberaumt der große Allbegräbnistag,
Wo feierlich mit lesem Trauerfang
Und mit umhüllter Fahne sich bewegt so bang
Der Zug, zu senken tief hinab
Die Helden all in ein gemeinsam Grab,
Die für dich starben todtbereit,
Du heilige Weltfreiheit!

Ein Spaziergang.

Von G. J. Uspenski. Deutsch von P. Styczynski.

[Nachdruck verboten.]

III. (Schluß).

Der Wirth entfernte sich sofort, brachte Tinte und eine Feder, ging dann zu seiner Frau und trieb die Kinder auseinander, die im Hausflur zusammengelaufen waren und in die Stube hineingasteten.

„Lassen Sie nur! . . . Ich danke sehr . . .“ sagte der Beamte. „Ihr Vor- und Familienname?“

„Gawrila Kaschin . . .“

Das Protokoll wurde niedergeschrieben; das Tintenfaß hielt der Wirth selbst in der Hand, da er sich für die Höflichkeit, die ihm gezeigt wurde, erkenntlich erweisen wollte. Sich zu rechtfertigen, zu bitten, — daran dachte er gar nicht. Er wußte, daß das nicht viel nutzen konnte. Waren doch jetzt „andere Zeiten“ gekommen, war doch jetzt eine „Höflichkeit“ in Mode, von der man sich auf keine Weise loskaufen konnte. Während er die ihm vorgelegten Fragen beantwortete, reichte er dem Beamten ein Streichholz zum Anbrennen einer Cigarette, oder rieth ihm, eine andere Feder zu nehmen, da diese zu weich sei; seinerseits war auch der Beamte sehr höflich. Während er Worte wie „gesegwidriger Verkauf geistiger Getränke, was nach § . . . des Reichsstrafgesetzbuches . . .“ u. s. w. niederschrieb, fragte er wohlwollend und freundlich:

„Ihre Familie ist auch zu Hause?“

„Ja, . . . zu Hause . . .“

„Haben Sie viele Kinder?“

„Fünf . . .“

„O, das ist ja recht schön . . .“

„Wir danken auch Gott . . . Ei, da ist eine Fliege in die Tinte gefallen . . . Das Jüngste ist nicht recht gesund . . . Wir wissen nicht, was wir thun sollen . . .“

„Sie sollten zum Arzt gehen . . .“

„Ja, wo sollen wir einen Arzt finden?! . . . Aber nöthig wäre es . . .“

„So etwas darf man nicht vernachlässigen . . . Es kann leicht schlimmer werden . . . Haben Sie auch ein Vermögen? . . .“

„Ein Pferd habe ich.“

„Denn ich habe,“ sagte der Beamte mit ironischem Lächeln, „ich habe von Ihnen fünfzig Rubel einzuziehen — dafür, daß ich Sie erwischt habe . . .“

Das ironische Lächeln, das sich auf die Einkassirung der fünfzig Rubel bezog, spielte noch lange um die Lippen des Beamten.

„Ich weiß . . . ich weiß! Ich habe ein Pferd . . . Sand? — Sofort!“

„Ich danke, es wird auch so gehen! Es trocknet auch so!“ sagte der Beamte. „Wollen Sie vielleicht die Güte haben, Ihren Namen darunter zu schreiben.“

Gawrila Kaschin unterschrieb seinen Namen.

„Ich danke. Es muß hier schön sein bei Ihnen . . . im Sommer . . . in dem prächtigen Walde . . .“

„O ja, es ist recht hübsch hier . . .“

„Für die Kinder ist das jedenfalls sehr gesund . . .“

„Gewiß . . . In der guten Luft . . .“
„Ja . . . Das ist sehr gesund! . . .“
„Nun lieber Freund,“ wandte sich der Beamte an den Soldaten, „sei so gut, unterschreib' auch Du Deinen Namen. Du warst Zeuge . . .“

„Ich kann nicht schreiben, Ew. Gnaden. Erweisen Sie mir die Gnade, befreien Sie mich davon!“

„Wie? Du kannst doch schreiben! Hast Du mir nicht die Anzeige gezeigt?“

„Ew. Gnaden, seien Sie so gut! Ich ging ruhig und harmlos meiner Wege . . . Thun Sie mir den Gefallen, lassen Sie mich gehen!“

„Nein, das geht nicht! . . . Unterschreib nur und dann kannst Du gehen . . .“

„Jetzt ist's auch ganz gleich . . .“ sagte der Wirth zu dem Soldaten.

„Natürlich,“ bestätigte auch der Beamte. Der Soldat sah sie beide der Reihe nach an.

„Was haben Sie mir angethan, Ew. Gnaden! . . . Das war nicht schön von Ihnen!“

Er streifte den Ärmel auf, nahm die Mütze ab, ergriff die Feder und war zum Schreiben bereit.

„Was soll ich schreiben? Ich kann nichts . . .“

„Laß endlich diese Redensarten, mein Lieber!“ sagte der Beamte ernsthaft. „Schreib Deinen Vor- und Familiennamen. Wie heißt Du?“

„Sofort, sofort! . . . So war's ja nicht gemeint . . .“

„Ah . . . den Namen?“

„Ja, den Namen!“

Der Soldat schrieb lange. Endlich war er fertig. Sein Gesicht war roth und in Schweiß gebadet.

„So. Und jetzt kannst Du gehen.“

„Ach, jetzt habe ich keine Lust mehr, fortzugehen. Sie haben mich schön in den Dreck gezogen. Nehmen Sie's mir nicht übel! . . .“

Der Beamte lachte. Auch der Wirth lächelte.

„In einen schön-ö-nen Dreck!“

Der Beamte lachte diesmal laut auf und sagte zu dem Soldaten:

„Trink lieber den Schnaps aus!“

„Ich fürchte mich, ihn anzurühren . . .“

„Trink nur!“

„Will's doch lieber lassen. Hol' ihn der Teufel, den Schnaps nämlich! Sie bieten ihn jetzt so gutmüthig an; hab' ich ihn aber getrunken und ist es mir erst zu Kopf gestiegen, dann schieben Sie mir am Ende noch irgend ein Papier zum Unterschreiben unter und ich sitze dann mein Vebelang in der Sauce. Wir kennen unsere Pappenheimer, Ew. Gnaden!“

„Wie Du willst. Trink Du den Schnaps!“ sagte der Beamte zum Diener.

„Ich danke sehr. Ich trinke nicht . . .“

„Meinetwegen! Auf Wiedersehen.“

Der Wirth geleitete den Beamten bis an die Thür.

„Viel Glück Ew. Gnaden!“ sagte der Soldat mechanisch, als aber der Beamte mit einem höflichen Abschiedsgruß von der Schwelle sich entfernt hatte, fügte er hinzu:

„Da bin ich schön reingefallen!“

„Ich danke Dir, mein bester Freund,“ sagte Kaschin zu ihm, erblassend.

„Gawrila!“

„Ich bin Dir sehr dankbar. Du hast mir den Garaus gemacht!“

„Gawriluschko, Väterchen!“ begann der Soldat, aber Gawrila und seine Frau antworteten ihm nicht. Der Soldat machte ein herzlich-trauriges Gesicht und setzte sich ganz verzweifelt auf die Bank. So saßen sie regungslos, wie angewurzelt — lange . . . lange . . .

„Schauen Sie, wie wunderschön!“ sagte der Beamte, indem er den Seminaristen einholte, der schweigend voranging. In seinem Blick drückte sich wahres Entsetzen aus. „Sehen Sie nur, wie schön es ist.“

Den Bergabhang hinauf, den die Wanderer ganz übersehen konnten, stieg eine ganze Schaar Frauen, mit Rechen in den Händen, in sommerlichen Kleidern, deren frische, grelle Farben mit der Farbenpracht der Landschaft wunderbar harmonirten.

Der Seminarist erwiderte nichts.

Die Bauernfrauen näherten sich, und es erscholl ein Lied; der wandernde Beamte blieb stehen und ergötzte sich schweigend an dem Liede; da aber in der Nähe ein Wirtschaftsbeamter stand, der die Frauen beaufsichtigte, so trat er an ihn heran und fragte ihn über die Vermögensverhältnisse des Gawrila Kaschin aus: ob dieser wohl im Stande sein werde, die Strafe zu bezahlen. Dann legte er sich auf den Rasen nieder, lobte den heilsamen Einfluß der Landluft auf die Gesundheit, legte die Akten auseinander und begann im Gesetzbuche zu blättern.

Das Lied wurde leiser.

„Singt doch, singt nur!“ bat der Beamte, in dem Buche weiter blättern.

Der Chor aber sah ihn mißtrauisch von der Seite an und sang immer leiser.

„Singt doch, bitte sehr, bat noch einmal der Naturfreund.“

Aber trotz der ausgefuchten Höflichkeit, mit der sich der Wanderer an die Arbeiterinnen wandte, gingen diese allmählig auseinander, ohne das Lied zu beenden.

„Es ist Zeit, nach Hause zu gehen!“ sagte endlich der Beamte zu dem wortlang gewordenen Seminaristen. „Ich denke, die neuen Zeitungen sind schon gekommen und ich erwarte sie mit Ungeduld.“

Der Seminarist schwieg noch immer.

„Jeden Augenblick ist, glaube ich, in Frankreich der Ausbruch einer Revolution zu erwarten,“ raunte er leise den Seminaristen in's Ohr . . . Das wird interessant werden . . . Es ist auch schon lange Zeit . . .“

Der Seminarist schwieg, dachte nach und suchte dahinter zu kommen, was das Alles zu bedeuten habe?

Wie sollte man eine Humanität, eine Bildung nennen, die überall um sich her nur Unbehaglichkeit, Verderben und Trauer verbreitet? . . . Da sitzt der Soldat auf der Schwelle und quält sich mit seinen Gewissensbissen ab . . . Da trauert und weint die ganze Familie des Kaschin bei dem Gedanken an das nahe Verderben und den Hunger . . . Die Bauernfrauen haben aufgehört zu singen, . . . sind auseinandergegangen . . .

„Iwan Petrowitsch!“ sagte plötzlich der Seminarist.

„Was denn?“

„Wie . . . Wie können Sie . . .“ stammelte der Seminarist verlegen und suchte nach einem Worte zur Bezeichnung des Geschehenen. „Was machen Sie denn eigentlich?“ platzte er dann heraus.

„Das erheischt die Ordnung, Väterchen! Anders geht's nicht,“ entgegnete der Beamte kategorisch und legte den Rest des Weges schweigend zurück. Er pflückte Kornblumen und Gräser und machte daraus einen Strauß für seine Frau.

„Das erheischt die Ordnung, Väterchen! Anders geht's nicht,“ entgegnete der Beamte kategorisch und legte den Rest des Weges schweigend zurück. Er pflückte Kornblumen und Gräser und machte daraus einen Strauß für seine Frau.

Beiträge zur deutschen Kultur- u. Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts

von
J. H. W.

(Nachdruck verboten.)

II.

Man kann nun auf den ersten Blick sehen, daß die beiden anderen bedeutenden Kulturstaaten Europas, England und Frankreich, zwar denselben ökonomischen und politischen Entwicklungsgang, aber in einem weit schnelleren Tempo gegangen sind. In England hat der dritte Stand, das Bürgerthum, schon sehr frühzeitig eine so selbstbewusste Stärke erreicht, daß er im Bunde mit dem kleinen Grundbesitz dem Adel, der sich gegenseitig zersplitzte, den Todesstoß geben konnte, er hat aber zugleich die Herrschaft des Königthums abgeworfen, dasselbe in seinen Dienst gestellt und lediglich als glänzendes Aushängeschild seiner eigenen Stärke bestehen lassen.

Für Frankreich beweist schon die Thatsache, daß in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein wissenschaftliches Wirtschaftssystem, der Merkantilismus an die Spitze der Verwaltung gelangte, einen höheren Standpunkt, dem wir um so mehr Gewicht beilegen müssen, wenn wir uns daran erinnern, daß Deutschlands Volkswirththe erst in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts auftraten. Die kapitalistische Produktion in Form der Manufaktur, besonders auf dem Gebiet der Seiden- und Wollindustrie fand sich von jener Zeit an von der französischen Regierung unterstützt und hob den dritten Stand zu einer solchen Höhe, daß er vor der Revolution schon den Anspruch stellen durfte „Alles sein zu wollen“, daß er das vereinte Triumvirat: Königthum, Adel, Geistlichkeit zerschmettern und sich selbst von allen Fesseln der Zunftverfassung losmachen konnte. Deutschland blieb vor einer solchen befreienden That bewahrt, es half noch 25 Jahre später seinen Fürsten einen Befreiungskampf kämpfen, um für sich nur Knechtschaft zu ernten, es schleppete sich noch 75 Jahre eingeschnürt in die ehrwürdige Zunftverfassung dahin. Es war eben ein wirthschaftlich zurückgebliebenes Land und das Zurückbleiben auf ökonomischem Gebiet muß mit Naturnothwendigkeit auch eine Inferiorität: des Volkscharakters zur Folge haben. Wir haben gesehen, daß Deutschland das Gepräge des Kleinbürgerthums trug und gemäß der wirthschaftlichen Rolle, welche diese Klasse spielt, mußte auch sein Ideenkreis, sein Charakter beschränkt und engherzig bleiben. Für das Kleinbürgerthum ist die Freiheit, sei es politische oder allgemein geistige, ein Nichtgebrauchsgegenstand, und wird in seinen Händen zur Frage.

Die deutsche Kulturgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts ist eine Geschichte tiefler geistiger Depression, und die Historiker der alten Schule können nicht genug die Verirrungen des sonst so hoch gepriesenen deutschen Geistes beklagen, der sich — wenige originelle Produkte ausgenommen — uns in den albernsten theologischen Haarspaltereien, oder dem überspanntesten schöngeistigen Geträtsch äußert.

Karl Adolph Menzel klagt in der Vorrede zum vierten Band seiner deutschen Geschichte:*)

*) Bel Lettmer.

„Zu derselben Zeit, da die Engländer, Franzosen und Niederländer um bürgerliche Freiheit und Volksthum und Staats- thum kämpften, regte sich in Deutschland Haß und Begeisterung nur, wo es sich um Sieg oder Niederlage seiner Kirchenparteien handelte.“

Wir haben keine Ursache in diesen klagenden Ton- miteinzustimmen, sondern wir forschen unter den äußeren Erscheinungen der Geschichte nach den tieferen gesellschaftlichen Ursachen und da wir wissen, daß die Literatur einer Zeit wie nichts anderes ein Spiegelbild der jeweiligen gesellschaftlichen Zustände ist, so liegt auch für uns der innere Zusammenhang zwischen beiden hier klar vor Augen. Es ist der enge, am Buchstaben klebende Geist des Kleinbürgers, der uns aus allen geistigen Produkten dieser Periode entgegen weht, es ist noch nicht der frische Geist einer jungen kräftig emporstrebenden Klasse, auf den ein freies öffentliches Leben befruchtend einwirkt, sondern jene Beschränktheit, wie sie kleine Verhältnisse, eine ständige Stagnation und ein allseitiger Druck erzeugen müssen. Alles was der deutschen Literatur jener Zeit anhaftet, der Professorendünkel, die Verachtung alles Neuen, die gehässige Klatschsucht, die nörgelnde Buchstabenklauerei in der Wissenschaft, die verzerrte, weiche Schwärmerei unter sorgfältigstem Fernhalten von allem was uns andeutungsweise an Politik oder öffentliches Leben erinnert in der schönen Literatur, in allem diesen erkennen wir die Charaktereigenschaften des deutschen Kleinbürgers wieder.

Nun gab es einen Stand, der vermöge seiner höheren Bildung über der Durchschnittsflachheit hätte stehen sollen, den Beamtenstand. Aber einmal war den besseren Elementen desselben der Mund verschlossen, da sie von landesherrlichen oder städtischen Besoldungen lebten, eine Thatsache, die wir z. B. bei der Mehrzahl der hervorragenden Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts bemerken können, dann aber war den meisten Angehörigen dieser Klasse ihre höhere gesellschaftliche Stellung nur Ursache einer widerwärtigen Augenbiene und Schmeichelei. Das was der Hamburger Komponist und Musikschrift- steller Mattheson in einer Widmung an den Landgrafen von Hessen ausspricht: „Wenn Gott nicht wäre, wer sollte Gott billiger sein als Er. Hochfürstliche Durch- laucht?“ war nach Hettner nur Ausdruck einer allge- meinen knechtischen Gesinnung.

England, Holland und Frankreich, deren Bourgeoisie unter dem Einfluß einer günstigen Handels- und In- dustrieentwicklung viel rascher den Kinderschuhen und der Bevormundung entwachsen waren, wie die deutsche brachten schon frühzeitig nicht nur kräftige National- literaten, sondern auch eine Reihe bahnbrechender Philosophen hervor, welche den Uebergang zu einer freien Richtung des Denkens bezeichnen. In Deutsch- land finden wir gleichzeitig noch keine derartige Kraft- entwicklung, originelle Denker sind vereinzelt, oder werden wie Kepler verfolgt und verbannt. Erst mit der Neuerklärung der Städte und dem wachsenden Einfluß des bürgerlichen Geistes folgt auch die deutsche Literatur und Wissenschaft, eigentlich erst während des 18. Jahrhunderts diesem Wandlungsprozeß.

Das geistige Erwachen der Bourgeoisie mußte sich zunächst in der Bekämpfung der ihr entgegenstehenden Staatsgewalten, des Adels und der absoluten Fürsten- macht sowie der Mittel ihrer Herrschaft, der Religion besonders, zeigen. Zwar trat diese Bewegung keinesfalls mit der Stärke und mit dem äußeren Glanze auf, wie in dem Frankreich des 18. Jahrhunderts, in dem die Montesquien, Voltaire, Diderot, d'Alembert, Rousseau und die große Schaar ihrer Anhänger, die Waffen gegen die Despotie in jeder Form schwingen, nach dem Voraus- geschickten wird das verständlich sein. Die deutschen Revolutionsliteraten, wenn wir sie so nennen, haben nicht so sehr Epoche gemacht, ihr Auftreten ist mehr ein symptomatisches und verfinstert das allmähliche Strecken und Dehnen des Bürgerthums in seinen Fesseln. Es ist ungemein charakteristisch, was Goethe im drei- zehnten Buch seiner Dichtung und Wahrheit von ihr sagt:

„Von dieser Zeit an wählte man die theatralischen Böse- wichter immer aus den höheren Ständen, doch mußte die Person Kammerjunker oder wenigstens Geheimsekretär sein, um sich einer solchen Auszeichnung würdig zu machen. Zu den allgötter- losen Schönbildern aber erlor man die obersten Choren und Stellen des Hof- und Civil-Staats im Adresskalender, in welcher vornehmen Gesellschaft denn doch noch die Justizarien als Böse- wichter der ersten Rang ihren Platz fanden.“

Wir können das allmähliche Entstehen dieser Anklage- und Befreiungsliteratur nur kurz andeuten, und auch nur flüchtig auf das Vordringen des Nationalismus, auf die Bedeutung Lessings für dieselbe, sowie auf ihr kräftigstes Symptom, auf die sogenannte Sturm- und Drangperiode hinweisen. Es bleibt den deutschen Auf- klärungskämpfern eigenthümlich und sie unterscheiden sich dadurch von den französischen, daß sie durchweg nicht so sehr ins politische Leben eingreifen, sondern sich mehr auf das religiöse und allgemein sittliche Gebiet beschränken. Frau von Staël konnte in ihrem Buch über Deutschland (III. Kap. 2) nur mit allzuviel Recht ihre Verwunderung darüber aussprechen, daß die Deutschen, deren ganze Philosophie und Bildung auf die Vertheidigung und Pflege der unverbrüchlichen Menschenrechte ginge, der öffentlichen Gewalt gegenüber eine solche Schmiegsamkeit an den Tag legten.

Wir können, wie gesagt, diese Literatur als geistiges, als geistigen Ausdruck einer gesellschaftlichen Umwälzung nur kurz erwähnen. Soweit sie sich auf das philo- sophische Gebiet beschränkte oder die Formen des Kunst- werkes zum Ausdruck neuer Gedanken benutzte, ist sie der Beachtung und Würdigung ja nicht entgangen.

Weder die Bedeutung Kants noch die der jugendlichen Goethe und Schiller ist von unseren Literaturhistorikern verkannt oder verschwiegen, ebenso sind Justus Möser, v. Moser, Schubart und Schöbzer oft genannt worden. Wohl aber ist uns eine Reihe direkt politischer Schrift- steller, welche mit den Waffen des Spottes an den be- stehenden Einrichtungen rüttelten, unterschlagen und dies- der unverdienten Vergessenheit zu entreißen, soll die Auf- gabe dieser Arbeit sein. Es sind Männer unter ihnen, Kraftgestalten, die ihre Zeit in athemloser Spannung gehalten haben und über welche der Jörn polizeilicher und fürstlicher Willkür in demselben Maße ausgegossen ist, wie wir es sonst nur auf den neuesten Blättern unserer Geschichte kennen gelernt haben. Ihre Schriften werfen äußerst markante Streiflichter auf die gesellschaft- lichen Zustände des vorigen Jahrhunderts und schon aus dem Grunde erwecken sie unser Interesse. Es wäre wünschenswerth sie zum Gegenstand näherer und ein- gehender Betrachtung zu machen, aber einmal verbietet uns der hier zur Verfügung stehende Raum, zweitens sind ihre Schriften in den dunkelsten Tiefen der Bibliotheken verborgen und nur mit Mühe auszugraben, theilweise sogar ganz verschollen und verschwunden. Wir müssen uns daher darauf beschränken, das uns zur Ver- fügung stehende Material auszugeweiht wiederzugeben.

Der Agrarkommunismus in Graubünden und sein Untergang.*)

Von Adam Maurizio.

I.

Die heute existirenden Alpen, Weiden und Wälder der Gemeinden bildeten früher Theile eines größeren Ganzen, der Mark. Dies gilt durchweg für den ganzen Kanton Graubünden. Ueberreste früherer Markverbände verblieben in vielen Gegenden bis auf den heutigen Tag. So sehen wir wie Bürger, die in eine andere Gemeinde ihres Kreises ziehen, ihr volles Nutzungsrecht, gleich den dortigen Bürgern, beanspruchen können, was einen ehemaligen Zusammenhang beweist. In anderen Gegenden des Kantons fand der Uebergang vom Mark- in Gemeindefeß noch in diesem Jahrhundert statt. So im Fall Salanca, im Bergell in den 60er Jahren und wenig früher im Oberengadin. Das Thal Savien bildet noch heute eine Markgenossenschaft. Bis in die 30er Jahre hinein war die Mark die ökonomische und politische Ein- heit, bis die Zerlegung im Innern und die politischen Wandlungen der Schweiz und des Kantons selbst der ökonomischen Veränderung eine juristische Form gaben. Ökonomisch löst sich die Mark in kleinere Gemeinwesen auf, und zu der Gründung der Gemeindeallmend auf wirtschaftlichem Gebiete tritt hinzu die politische Cen- tralisation, indem die Civil- und Kriminaljustiz der Thalschaften der kantonalen Gesetzgebung weichen mußte. Eine schöne Gesetzgebung besaß die gute alte Zeit. Sie ließ den Pferdedieb hängen (Ende vorigen Jahrhunderts noch vorgekommen), erklärte den Kirchenbesuch obligatorisch, zitierte uneinige Gatten vor den Pfarrer, stellte die Herrschaft des Vaters über die Familie als obersten Grundgesetz auf. Sie verbot das Eingehen der Ehe der Gemeindefeßbürger mit „fremden“ d. h. Angehörigen eines oft nur 1/2 Stunde weit entfernten Ortes, und als ihre Herrlichkeit schon in die Brüche ging, erschwerte sie das Zustandekommen solcher Ehen, machte sie für den Unbemittelten auch dann noch unmöglich durch die hohen Hochzeitsgebühren etc.

Also Zerfall der Mark, Gründung von kleineren Gemeinwesen, die einige Ueberreste des früheren Zustandes beibehielten. Mit und während diesem Zerfall kämpft die Mark und die Gemeinde mit zäher Beharrlichkeit gegen jeden Eingriff in ihre Hoheitsrechte, die am Ende doch der moderne Staat in sich aufnahm.

Was stellt die Gemeinde heute dar? Von der früheren Herrschaft über den Einzelnen sind außer den erwähnten wohl einige Spuren geblieben; so sei beispielsweise die seit mindestens 100 Jahren bekämpfte und noch florirende „freie Ägung“ auf Privatgütern erwähnt, die sogenannten „Bäntenrechte“. Zu einer gewissen Zeit wird alles Vieh der Gemeinde auf die schon abgemähten Wiesen der „Privaten“ getrieben, denen es verboten ist, sie zu um- zäunen. Natürlich ist unter solchen Bedingungen eine rationelle Bewirthschaftung unmöglich, und die daraus entstehenden Mißstände sind sprichwörtlich geworden:*) „die richtige Landwirthschaft fängt da an, wo die freie Ägung aufhört.“

Diese uralten Gebräuche schaden sogar dem Bestande der Allmend selbst. Es fehlte nicht an von Staatswegen unternommenen Versuchen, diesem Stillleben ein Ende zu machen, aber den Bestrebungen ein wenig Einheitlichkeit in die bunten Einrichtungen der Gemeinden zu bringen,

*) In einer der letzten Nummern druckten wir aus den Monatsheften für christliche Sozialreform einige Notizen aus einem Artikel über die Reste des Agrarkommunismus in Graubünden ab, indem wir uns natürlich nicht mit den konservativen Schlussfolgerungen des betr. Verfassers identifizieren konnten. Indessen hielten wir wenigstens die thatsächlichen Angaben des Verfassers für richtig und stellten diese nach jener Schilderung glücklichen Zustände den Verhältnissen gegenüber, wie sie durch die fortgeschrittene Entwicklung geschaffen sind. Ein Graubündner Leser sendet uns nun beifolgenden Artikel als Entgegnung auf die Ausführungen des betr. Artikels ein. Da wir selbst natürlich kein kompetentes Urtheil darüber haben können, welche Beschreibung die richtigere ist — allerdings wahrscheinlich doch die vorliegende — so drucken wir die Entgegnung ohne jeden Kommentar ab.

**) Von einer „sozialen Nothwendigkeit“ gar keine Rede. Vergl. dem entgegenstehende ganz unbegründete Meinung des Verfassers von „Ein Rest Agrarkommunismus“.

legen die Anschauungen der zurückgebliebenen Bevölkerung unübersteigliche Hindernisse entgegen.

So sprach sich 1881 eine entschiedene Mehrheit des „Volkes“ gegen die Einführung eines Allgeßes aus, wobei vielleicht weniger ein Widerwillen gegen jede Ver- besserung als Abneigung gegen das Eingreifen des Staates in die langjährigen Volkssrechte bestimmend war. Nicht immer tritt der Staat in ähnlicher Weise auf, im Allgemeinen ist ja der moderne Bourgeoisstaat, sei er noch so „demokratisch“, ein Feind der Allmend. Und in seinem Vernichtungskampfe müssen sich ihm alle revolu- tionären Kräfte der Gesellschaft zur Seite stellen. Die Allmend und ihre Einrichtungen, die Anschauungen, die sich auf ihr gründen, laufen eben all dem zuwider, was wir Fortschritt in ökonomischen und politischen Dingen nennen.

Der Zerlegungsprozeß ergreift nun auch die aus der Mark entstandene Allmend. „Das erste Geld, das seinen Einzug hält in die auf Naturalwirthschaft gegründete Gemeindefeß ist das Zeichen des Verfalls“, sagt Engels, — auch in unserem Fall übt das Geld einen revolu- tionirenden Einfluß aus.

Aus dem Inhaber der Macht im Mittelalter, der Bürgergemeinde, entstand die jetzige politische Gemeinde. Auch der Besitztitel wird der erstickten streng gemacht. Die Allporporation (d. h. die Ansässigen, welche Wiesen und Vieh besitzen) ist nutzungsrechtlich, die politische Gemeinde hat das Verfügungsrecht über die Allmend; sie kann sie verpachten, Schulden aufnehmen etc. und nur der Verkauf steht ihr nicht zu, die Eigenthümerin endlich ist die Bürgergemeinde. Wer ist der Besitzer? Ganz gleich verhält es sich mit verschiedenen anderen Gütern. Die kantonale Gesetzgebung ordnete die Verwaltung des Kirchen- und Schulsfonds in der Weise: Eigenthümerin ist die Bürgergemeinde; das Nutzungsrecht steht der Kirchen- oder Schulgemeinde, und das Aufsichtsrecht der politischen Gemeinde zu. Dem gehören die Gemeindegüter? Kann man da von Kommunismus sprechen?

Die Bevölkerung theilt sich in zwei Lager: die Ärmeren, denen der Bestand der Allmend eine Existenz- bedingung, und die wohlhabenden Besitzer von Wiesen und kleinen Kapitalien. Die ersteren bilden eine konser- vative immer grodlende Mehrheit, die uns am liebsten ins Mittelalter zurückwerfen möchte. Jedes Haus eine Festung, die Gemeinde verschlossen für den Fremden, so- fern er nicht ein „verrückter“ Engländer ist, Abgeschlossen- heit ist die Parole; während die bestehende Minderheit für Erweiterung, Zuzug von fremden Kräften eintritt. Es sei noch bemerkt, daß die Reicheren nicht etwa bewußt die Zerbröckelung der heutigen Ordnung anstreben, aber ihre ökonomische Stellung, höhere Bedürfnisse, ein weiterer Gesichtskreis in politischen Fragen machen sie dem Typus des Petitbourgeois ähnlich, und mit der Liebe für das „engere“ (Kanton) und „engste“ (eine Gemeinde) Vaterland im Saad, sind sie die Vorkämpfer des Umsturzes. Dies sind natürlich die extremsten Standpunkte, und zwischen ihnen findet man eine ganze Stufenleiter von Uebergängen. Der Besitzende bedarf der Lohnarbeiter, der Pächter für seine zahlreichen Wiesen. Da treten nun die auf, denen die Mehrheit der „Kommunisten“ keinen Bissen gönnt, denen aber die kantonale Gesetzgebung nicht nur die Niederlassung gestattet, sondern nach einer gewissen Zeit das Recht der Nutznießung zuerkennt; sie schmuggeln die Privatwirthschaft, den Anwerbsinn, dem Reid zu trotz in die mit chinesischen Mauern abgegrenzte Gegend. Die Proletarier von gestern ziehen von Tirol und Italien nach Bünden mit dem offenen Blick des Erwerbenden; der moralischen Vorurtheilslosigkeit und der respek- tidrigen Nichtbeachtung der Verordnungen der Gemein- schaft. Was kümmern den auf entfernten Höhen hausenden „Lombarden“ die Klassifizierungen der Wälder, Verbote des Holzfallens, die Ägungszeit, da er ein „Fremder“ außerhalb der Gemeinde steht, wenig auf die Scholle gebunden ist. Es fällt ihm auch schwer, sich zu akklimatisiren; Grundstücke und Gebäulichkeiten werden ihm, wenn überhaupt, um einen beträchtlich höheren Preis verkauft als dem Einheimischen. Das gleiche Verhalten gegenüber dem Handwerker; für diese Art „Kommunisten“ ist Mißtrauen gegenüber jedem Fremden die höchste Lebensregel. Und von seinem Allmend er- haltenden Standpunkt gar nicht mit Unrecht. Denn diese unruhigen neuen Ansiedler stimmen, sofern sie Schweizer, nach einem kurzen Aufenthalte in allen kantonalen und eidgenössischen Angelegenheiten mit, nach einer längeren Periode, auch wenn Ausländer, sind sie in Sachen der Allporporation stimm- und nutzungs- berechtigt, was alles neben dem Umstande, daß in manchen Allporporationen schon jetzt mehr als die Hälfte Nicht- Gemeindefeßbürger sitzen, und so den „uralten Beschlechtern“ ihr Antheil verkürzen, dem Fremdenhaffe frische Nahrung bietet. Nicht genug, schreibt die kantonale Gesetzgebung vor, die Ansässigen dürfen nicht höher, als in dem Ver- hältniß 3 zu 2 der Alpen- und Weidentage der Gemeindefeßbürger besteuert werden, so daß diese Vorschrift eine übermäßige Belastung der „Fremden“ vorbeugt.

Im Ganzen lebt der Pächter nicht schlechter als die Mehrzahl der ärmeren Bevölkerung.

Was nun die letztere betrifft, so ist sie weder be- sonders zufrieden, noch hervorragend gesund. Freilich ist der Verfasser von „Ein Rest Agrarkommunismus“ anderer Meinung, aber da für ihn „uralte Gebräuche“ in engem Zusammenhange stehen mit der Kraft und Tüchtigkeit des Landmanns, so gilt das Lob wohl mehr dem Konser- vatismus des Bündners, als dem Bündner selbst. Wir haben Gegenden, die in Bezug auf Schnapsverbrauch

(auch der eidgenössische denaturierte Spiritus wird getrunken) den am meisten Schnaps konsumierenden Theilen der Schweiz angereicht werden müssen. Das häufige Vorkommen von Blödsinn, Cretinismus, Geisteskrankheiten und Schwindsucht (größtentheils Folge der Unzucht) mögen ein weiteres Zeugniß abgeben.

Moralische Gedanken.

Der Militarismus.

Das Denken des Menschen wird durch seine Interessen und durch die kulturgeschichtliche Tradition bestimmt, und es ist eine der größten Selbsttäuschungen, wenn er glaubt, er sei im Stande — drüben wir uns einmal mit Schopenhauer aus — den Intellekt vom Willen zu befreien, oder er könne sich gänzlich von den traditionellen Gedankengängen befreien und gänzlich seine eigenen Wege gehen.

Wenn wir festhalten, daß unser ganzes Denken eben immer nur zu relativen Wahrheiten gelangen kann, so wird uns das eine dieser bestimmenden Momente nicht stören; wir stehen eben alle unter dem Bann derselben kulturgeschichtlichen Tradition; hier sind bis jetzt noch kaum Differenzierungen aufzuweisen; und so haben die Gedanken, so weit sie hierdurch bestimmt sind, allgemeine Geltung.

Anderes verhält es sich mit dem Einfluß der Interessen auf das menschliche Denken. Wo verschiedene Klassen in der Gesellschaft sich mit antagonischen Interessen gegenüberstehen, müssen natürlich auch verschiedene Gedankenwelten entstehen.

Egoistisch empfunden und gedacht hat der Mensch von Anfang an. Aber bei den niedriger stehenden Völkern ist das noch leicht herauszufühlen. Es ist das eine besondere Art Egoismus, um die es sich hier handelt, sozusagen ein Heerdenegoismus. Unser Gott ist der mächtigste, wir sind das edelste Volk, uns gehört alles — das sind die Anschauungen, auf denen die Moral des primitiven Menschen ruht.

Auch jetzt empfindet der Mensch noch eben so heerdenegoistisch; naive erhalten ist ein Rudiment des primitiven Gefühls im Patriotismus. Aber mit der Scheidung der Gesellschaft in Klassen hat das Gefühl auch eine Abzweigung bekommen: es fühlt jetzt klassenegoistisch; und dieses Gefühl ist das wahre, starke, der wirkliche Erbe des alten Heerdenegoismus.

Zu der Zeit, wo sich der Klassenegoismus entwickelte, waren aber die anderweitigen Anschauungen ganz verschieden von denen, als der ursprüngliche Heerdenegoismus herrschte.

Das Folgende scheint Widersprüche zu enthalten; aber die steden eben in der kulturgeschichtlichen Entwicklung. Die alten Anschauungen werden nicht vernichtet, sondern leben ihr Leben weiter neben neuen, denen sie vollständig widersprechen.

Trotzdem die alten Heerdengefühle noch lebten, hatten sich schon weltbürgerliche Gefühle entwickelt; trotz der tatsächlichen Ungleichheit der Menschen, existierte der Gedanke, daß alle Menschen gleich seien; dem Ideengang der Zeit entsprechend, erschienen diese Gedanken sämtlich in religiösem Gewand, etwa: nicht nur die Juden, sondern auch die Heiden sind Gottes Kinder. Der Ursprung dieser neuen Ideen ist darin zu suchen, daß der Friedenswettbewerb der Völker mehr zunahm.

Diese Gedanken erscheinen als Ideale; als etwas, was eigentlich von Natur so ist, aber durch die Schlechtigkeit der Menschen verändert ist, was aber wieder kommen wird. Und während die bisherige Wirklichkeit ruhig ihren Gang geht, gewinnen diese Ideale Macht über die Geister — natürlich, ohne Einfluß auf die Wirklichkeit zu haben, deren Kontrast mit dem Ideal man überhaupt gar nicht merkt, weil das eben seit unvorstelllichen Zeiten so ist.

Einfluß gewinnen diese Ideale erst bei Umgestaltung der Gesellschaftsorganisation aus sozialen Gründen; aber echt menschlich, nicht so, daß sie nun erfüllt würden; sondern so, daß man sich vorheuchelt, man erfülle sie. Natürlich ist das keine bewußte Heuchelei, die ja wohl überhaupt sehr selten ist; aber wenn man sich den groben Sophismus klar macht, welcher hier produziert wird, so muß man einsehen, daß die Menschen doch mit einer merkwürdigen Blindheit geschlagen sein müssen, um ihn nicht zu erkennen.

Es würde hier natürlich zu weit führen, alle hier in Frage kommenden moralischen Theorien zu untersuchen; für die Gegenwart kommt allein der Militarismus in Betracht.

„Das größtmögliche Glück Aller“ ist die Forderung dieser Moralphilosophie — wie man sieht, eine einfache Konsequenz des Satzes, daß alle Menschen gleich sind. Mit dieser Formel hat seiner Zeit die Bourgeoisie ihren Kampf gegen die alte Gesellschaft geführt; sie hat diese Formel mit der Ideologie der gesamten Weltgeschichte umkleidet, mit dem alten und dem neuen Testament, mit dem Alterthum, und als das nicht ausreichte, hat sie sich sogar einen Naturzustand der Menschheit konstruiert, in der diese Forderung verwirklicht war.

„Das größtmögliche Glück aller“ soll das Ziel seines Handelns sein. Aber wer bestimmt, was denn nun dieses größtmögliche Glück hervorbringt? Das größtmögliche Glück ist eine Formel, ein leeres Gefäß; es kommt auf den Inhalt an. Wodurch wird das größtmögliche Glück erreicht? Wer hat der Formel den Inhalt zu geben?

Offenbar der jedesmal Handelnde; auf ihn kommt es an, er wird sagen: diese Handlung befördert das Glück

der Allgemeinheit. Er wird das sagen natürlich aus seinen subjektiven Bedingungen heraus, da bis jetzt die Kunst noch nicht erfunden ist, aus einer Haut zu fahren; er wird also nicht das thun, was das größtmögliche Glück aller befördert, sondern was es ihm zu befördern scheint.

Nun haben wir es in solchen Fällen nie mit den Individuen zu thun, sondern immer mit der Herde; das Besagte gilt also nicht von den Individuen, sondern von der Klasse, welche unter den jeweiligen sozialen Umständen die tonangebende in der Gesellschaft ist und deren Gedankengang — auch wenn es ihren Interessen entgegengelegt ist — die andern folgen.

Natürlich scheint dem Menschen dasjenige das größtmögliche Glück aller zu befördern, was sein und seines Milieus Glück befördert; wie gesagt: aus der Haut kann man eben nicht. Und es kommt denn im letzten Grunde der Satz des Militarismus darauf hinaus: „Gut ist, was mir und meinen Freunden den größten Vortheil bringt“ — ein Satz der Moral, den der Armenisch mit großem Vergnügen unterschreiben wird, und vor dem der gestützte Bourgeois des neunzehnten Jahrhunderts nur dann zurückschreckt, wenn er ihm in wilder Nachtzeit entgegentritt, mit Feigenblatt und sonstigen ideologischen Toilette-requisiten ausgestattet, akzeptiert er ihn gern.

Der Mensch ist von Natur Pharisäer, und natürlich beschränkt sich das nicht auf den Bourgeois. „Wir sind allzumal Sänder“, sagt schon die Bibel, welche mehr Weisheit enthält, als sich mancher superkluge Mann von heute träumen läßt.

Ein klassisches Beispiel ist Adam Smith, instruktiv auch deshalb, weil er zugleich ein vorzüglicher Moralphilosoph und bürgerlicher Ökonom ist.

Seine moralphilosophischen Anschauungen sind auf den ersten Blick außerordentlich ansprechend. Sein Moralprinzip ist das utilitarische, und als Fundament weist er die Sympathie auf. Es ist der richtige Pfaffe, den man hört, bloß daß er geistreich und scharfsinnig ist. Aber genau wie beim Pfaffen geht es auch bei ihm: das ist alles bloß äußerlich gedacht und gesprochen, gewissermaßen ein intellektuelles Feigenblatt. Denn nun setzt er sich hin, und schreibt, nachdem er mit einer Philosophie fertig ist, kein ökonomisches Werk, und hier weist er eben so scharfsinnig nach, daß das Fundament — der Eigennuß ist.

Gewiß kann man Uebergänge finden und schließlich unter einen Hut bringen. Ein geistreicher Mann, ein Ad. Smith wird seine Widersprüche schon in ein System bringen, so daß sie sich schließlich in einander einordnen und aufhören, Widersprüche zu scheinen. Und so findet sich denn auch hier die Brücke des sogenannten „berechtigten Eigennußes“. Allein derartige logische Arbeit ist immer nur sekundär, gewissermaßen Anstrich für das Gebäude. Das muß man wegtragen.

Die Vernichtung Europas.

Eine Bestätigung dessen, was wir schon öfters ausgeführt haben, finden wir in einem Flugblatt des „Internationalen Friedensvereins“. Wie man sieht, steht dieser Verein auf einem sehr bürgerlichen Boden, und verschiedene Ausführungen des Flugblatts sind auch ökonomisch unrichtig, ganz abgesehen davon, daß die ganze Gefahr noch nicht einmal erkannt ist; immerhin bietet das Flugblatt doch den Beweis, daß die Gefahren für Europa, wie sie J. J. Rud. Meyer in seinem Artikel „Der russische Markt“ schilderte, den wir im vorigen Quartal abdruckten, auch von anderer Seite eingesehen werden.

Die betreffenden Stellen des Flugblatts lauten:

Die Steuererhöhung der Mc Kinley-Bill verursacht eine große Aufregung; wie aber werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas gestalten, wenn Letzteres nur ein einziges großes Schlachtfeld geworden ist, wo 12 000 000 Männer arbeiten, nicht zu produzieren — sondern zu vernichten? Nachdem die Produktion zu langem Stillstand gebracht worden ist, verrotten ihre Nährquellen oder werden abgeleitet; eine verloren gegangene Absatz-Position — im Besitz energischer Gegner — ist nicht mehr zurück zu erobern.

Amerika's auf ökonomischem Gebiete erlangte Ueberlegenheit wird auch eine solche auf dem politischen zur Folge haben, und der Schwerpunkt der Kultur und politischen Macht verschiebt sich dann von Europa nach Amerika. Wenn nicht ein fester Frieden die europäischen Kulturvölker vereinigt (Rußland und Türkei zählen nicht mit), so wird die poetische Prophezeiung: „Westward the course of Empire take its way“ bald in Erfüllung gehen.

Die Amerikanische Union, heute die einzige Großmacht der westlichen Hemisphäre und binnen 30 Jahren die größte Weltmacht, ist einmüthig für den Frieden. Auf dem von ihr berufenen Kongreß aller amerikanischen Staaten, der im April d. J. in Washington tagte, wurde der Antrag angenommen: Verträge zu schließen, nach deren Bestimmungen alle zukünftigen Streitigkeiten durch Urtheilsspruch eines zu ernennenden Schiedsgerichtes erledigt werden sollen.“ Ferner hat die Legislativ- der Vereinigten Staaten den Präsidenten beauftragt, gleichartige Verträge mit den europäischen Mächten zu vollziehen, und schon sind Verhandlungen zu diesem Zweck mit Frankreich und England eingeleitet.

Nach den statistischen Ergebnissen (Census Reports von 1880—1890) beträgt die durchschnittliche Vermehrung der Bevölkerung der Union in jedem Jahrzehnt ca. 33 pCt.

Auf dieser Basis wird die Einwohnerzahl steigen:

von 65 000 000	in 1880 auf rund	88 666 000	in 1900
88 666 000	1900	115 554 000	1910
115 554 030	1910	154 072 000	1920

Ferner wird sich diese Zahl vergrößern: durch 1. Den freiwilligen Beitritt von Mexiko (heute ca. 12 000 000 Seelen — bis 1920 wenigstens die doppelte Anzahl enthaltend) um weitere 24 000 000. (Die Transposition von Yankee-Blut und Kapital hat durch Eröffnung der mexikanischen Verkehrsadern: Central-, National-Eisenbahnen schon vor Jahren begonnen und der Zustuß wird immer stärker.)

2. Durch Aufnahme der Dominion of Canada und Newfoundland (jetzige Bevölkerung 6 000 000 — wird sich vor 1920 auf das Dreifache erhöhen) um 18—20 000 000. (Die schon beträchtliche Amerikanspartei in Canada wächst beständig und wird die Vereinigung mit der Union vor Ablauf dieses Jahrhunderts durchzuführen.)

3. Den Anschluß der Westindischen und Sandwich-Inseln (gegenwärtig 5 800 000 Menschen enthaltend) — bis 1920 ungefähr auf das Doppelte anwachsend) um 10 000 000.

Demnach wird die amerikanische Union im Jahre 1920 eine Bevölkerung von über 200 Millionen Menschen aufweisen. Eine staatsmännische Behandlung des Einwanderungs-Systems oder große Störungen der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas durch Kriegsgefahren wird obige Ziffer noch beträchtlich erhöhen. Rechnet man noch dazu die Staaten von Central- und Süd-Amerika, die sich der Politik der Union anschließen werden, so ergibt sich von selbst, daß im Jahre 1920 die westliche Hemisphäre (mit über 250 Millionen Menschen unter einheitlicher Leitung) eine politische Macht repräsentiert, die einen bedeutenden Einfluß auf die Kultur-Entwicklung der ganzen Welt haben wird. Kraft dieses Einflusses und des Erfolges, den die Friedenspolitik bis dahin aufweisen wird, ist die Annahme derselben seitens der Kulturvölker Europas nur eine Zeitfrage.

Wir haben gesagt, daß der Verfasser noch nicht einmal die ganze Gefahr erkannt hat; man mag in dem „Russischen Markt“ nachlesen, wie sich die Sache noch dadurch verschlimmert, daß auch Rußland mit in Frage kommt.

Der Frieden, von dem der Verein träumt, ist unmöglich. Gewiß wird gerade uns Niemand für Verteidiger und Anhänger des Krieges halten; allein man muß eben die Dinge nehmen, wie sie sind, und sich nicht mit ideologischen Nebensarten verblenden. So lange Rußland seine Eroberungsgelüste und seine barbarische Regierungsform nicht aufgibt, so lange dürfen wir nicht daran denken, die Waffen niederzulegen; denn wir wollen doch nicht Jahrhunderte gearbeitet haben, um endlich, nachdem wir das Land der Freiheit schon von fern erblickt, unter die russische Knete zu gerathen! Entweder muß also Rußland durch eine Revolution zunächst machtlos gemacht und später so umgestaltet sein, daß es nicht mehr gefährlich werden kann — oder es muß in einem Vernichtungskrieg zu Boden geschlagen werden.

Freilich wird zu diesem Zweck nöthig sein, daß das übrige Europa seine Streitigkeiten ruhen läßt und sich verbündet. Die Initiative dazu kann nicht von den Regierungen ausgehen; die Ohnmacht derselben hat sich ja erst bei der Reise der Kaiserin Friedrich gezeigt: Das Volk muß die Sache in die Hand nehmen, und da wäre die Sozialdemokratie die geeignetste Fürsprecherin.

Verschiedenes.

— Unter der Ueberschrift: „Wo sind die Theiler“, macht unser argentinisches Partietorgan folgende treffende Bemerkungen:

Wie viele Tausende haben sich hier die Jahre lang mühsam durchgeschleppt, viel gearbeitet und sich schlecht genährt, um von ihrem kümmerlichen Lohn noch etwas zu erübrigen und es als Sparfennig zurückzulegen. Sie trugen es auf die National- oder Provinzialbank; allein wenn sie das Gripeparat jetzt wieder haben wollen, so bekommen sie es nicht; denn das Geld der Depositäre ist verschwunden, ist vertheilt worden unter die Verwandten, Freunde und Bekannten der Regierungen- und Kongressmitglieder, unter die sogenannten ersten Familien im Lande.

Anderere waren klüger; sie trauten weder der National- noch Provinzialbank und trugen ihre Nationalscheine in die Privatbanken. Dort erhielten sie dieselben wieder, aber wie! Entwerthet um $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{5}$, so daß ein National, der 5 Franken werth sein soll, kaum noch 1 Franken gilt. Man hat mit ihnen getheilt; die Watastore dieses Landes und reichen Leute überhaupt, die das Geschäft verstanden, haben $\frac{1}{3}$ für sich genommen und $\frac{1}{3}$ bleibt dem, der das ganze verdient, erspart hatte. Ist das nicht die ungerechteste, verdammenwertheste Theilerei?

Wieder Andere trugen ihr Geld auf die Hypothekbank. Sie sagten sich, daß bei der heillosen Papierwirtschaft sich das selbe entwerthen müsse, aber der Grund und Boden sei etwas Reelles. Wir geben unser Geld nur gegen Hypothekenscheine, sogenannte Cédulas, zumal dabei gleichzeitig große Vortheile in Bezug auf Zinsen winken.

Wie Viele mögen darunter gewesen sein, die wirklich in Angst vor den Sozialdemokraten gelebt und sich bekreuzt haben, wenn sie von deren „Theilerei“ hörten. Und jetzt? Ihr Geld, das sie für die Cédulas gegeben, es ist dahin, verschmolzen wie Butter an der Sonne; die großen Grundbesitzer haben ihre Ländereien belehnt bis zum fünf- und zehnfachen Werth, zahlen aber das Entlehnte nicht zurück, und wenn man ihnen das Pfand verweigerte — aber das thut man in Argentinien nicht, so rückwärtslos ist man hier gegen solche Schuldner nicht — so läme auch nichts dabei heraus. Kurz, das ganze Geld, das die kleinen Geschäftsleute und Handwerker, die kleinen Kapitalisten sich in diesen Jahren ersparten, erschunden, ergaunerten, es ist dahin; man hat mit ihnen getheilt, man hat ihnen sozusagen Alles genommen.

Ob den so Geplünderten nicht durch diese Thatfachen klar geworden ist, wo sich die Theiler befinden, ob bei den Sozialisten oder bei den Kapitalisten.

— Die Wirkungen der schweizerischen Fabrikgesetzgebung werden vom Fabrikinspektor Schäfer in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

1. Die Kinderarbeit, d. h. die Beschäftigung der Leute unter achtzehn Jahren, nimmt stetig ab. In der gesamten Textilindustrie, in der Tabak-, in der Papier- und Uhrenindustrie, in der Ziegelei tritt diese Abnahme mit aller Deutlichkeit zu Tage. Sie ist zu einer Zeit eingetreten, wo sie nicht mehr durch die Wirkungen des die Kinderarbeit beschränkenden Fabrikgesetzes erklärt werden konnte, da diese schon seit 1878 bis 1879 zur vollen Geltung gekommen waren.

2. Die Frauarbeit hat sich in der Weise verschoben, daß in den für Frauen, beziehungsweise erwachsene weibliche Personen ungeeigneten Industriezweigen, deren Beschäftigung immer seltener geworden ist (Holz-, Metall-, Maschinenindustrie, Ziegelei), während sie in manchen für sie passenden (Baumwoll-, Textilindustrie, Schiffslüderei) zugenommen hat.

3. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Männer hat eine relative Zunahme erfahren, und zum Theil sogar die abnehmende Kinderarbeit, allerdings bei anderer Organisation des Betriebes, ersetzt (Baumwollspinnerei, Gerberei, Zandholz- und Papierfabrik, Holz- und Metallbearbeitung, Ziegelei). Es geschah dies namentlich bei Arbeiten, deren Ausführung mehr Kraft oder Intelligenz als früher erfordert, was vor allem bei intensiverem Maschinenbetrieb vorkommt.

4. Daß diese vermehrte Anwendung des Maschinenbetriebes in allen Industrien sich geltend macht, geht aus der relativen Zunahme der Zahl der mit Motoren arbeitenden Establishments.

wie aus dem Steigen der auf den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt fallenden Betriebskraft hervor. (1882 441 Pferdekräfte auf 1000 Arbeiter, 1888 518 Pferdekräfte.)

5. Die immer allgemeinere Einführung von Dampfmaschinen, Gasmotoren, und nicht zum mindesten auch die elektrische Uebertragung entfernt gelegener Triebkräfte läßt annehmen, daß dieser Prozeß der allmählichen Verminderung der Kinderarbeit und Beschränkung der Frauenarbeit auf geeignete Zweige seinen weiteren Fortgang nehmen werde.

Folgende Notiz finden wir in verschiedenen Zeitungen: „Aus Schönebeck bei Magdeburg wird berichtet: Alltäglich Mittags 12 Uhr, wenn die Schule ihre Aufgabe erfüllt hat, pflügen 150-200 Kinder am Bahnhofe sich einzufinden, um dann in zu diesem Zwecke bestellten Wagen nach Gräbne und von dort der Zukunft nach den Aedern des Amtsraats Dieze befördert zu werden, denselben Dieze, der seiner Zeit das Mandat zum Reichstag einem Sozialdemokraten überlassen mußte. Unter den Kindern befinden sich viele, welche wohl kaum das sechste Lebensjahr überschritten und theilweise kaum erreicht haben dürften. Für den Arbeitstag erhalten diese Kinder eine Belohnung von 35 Pf. Abends 8 Uhr befördert man die Kermsen dann auf demselben Wege wieder nach Hause. Andere Gäter holen sich allmorgendlich eine oder mehrere Fuhren Rübenhände per Ochsenwagen aus Schönebeck, um sie am Abend den hocherfreuten Eltern wieder mittelst desselben Schiffs zurückzuführen. Und Leute, die sich eine derartige Ausbeutung der Kinderarbeit zu Schulden kommen lassen, wagen es noch, sich ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ zu rühmen. Herr Dieze ist mehrfacher Millionär und bei den Kartellkapitalisten jener Gegend sehr beliebt; gewiß, weil er ihnen seine hundertfach betheuerte „Arbeiterfreundlichkeit“ in so drastischer Weise vorzuführen versteht. Und so sind sie fast alle.“

Was das für eine Arbeit ist, welche diese Kinder verrichten müssen, davon dürfte derjenige, welcher das Land nicht kennt, keine Ahnung haben. Einen schwachen Begriff davon giebt ein Artikel, der vor einigen Jahren in der „Preuß. Schulzeitung“ erschien:

„Diese Rübenferien sind für die Schule eine wahre Plage. Wenn die Kinder tags- und wochenlang je nach der Größe der Ortsrübenerfelder in fast sansulott-naher Kleidung — wobei Zucht- und Schamhaftigkeit in dem massenhaften Zusammenstehen beider Geschlechter in die Brüche gehen — mit dem Gesichte der Erde nahe auf dem Acker herumgetrieben sind und dann wieder in die Schule kommen, so sind sie so adgemattet, so dumpf- und stumpfsinnig und geistesdorsch, daß alle geistige Anregung und Anfrüchtelung durch den Unterricht ansfangs vergeblich ist. Das Gesicht ist aufgedunsen, der Blick stier, die Haut von der Sonnenhitze aufgeplatzt, die Hände sind von dem langen Krabbeln in der Erde aufgeborsten, und der Schmutz hat sich in Wunden und Poren so fest eingefressen, daß ein wiederholtes Waschen mit der schärfsten Seife die Hände noch nicht gleich weiß macht.“

In Folge des fortwährend thierischen Kriechens auf allen Vieren i die Rückenwirbelsäule zu einer geraden und straffen Haltung beim Gehen und Stehen schwer zu bewegen. In Ortschaften, wo Tausende von Morgen Zuckerrüben bestellt werden, reichen die bet. essenden Ortskinder nicht aus, und dann wird mit allerlei lautern und unlautern Mitteln um Kinder auf den benachbarten Dörfern geworben. Besondere Dorf-Agenten, von den Kindern Seelenverkäufer genannt, die außer ihrem guten Tageslohn pro Kopf und Tag 5-10 Pfg. erhalten, suchen die Kinder zu überreden und führen sie auf das betreffende Rübenfeld. Es ist vorgekommen, daß ein so gewissenloser Agent früh 5 Uhr zu den Kindern gesagt hat: „Heute ist keine Schule, ich habe es von dem Kantor gehört“ — obgleich ein anderer Lehrer des Orts dem Manne Abends vorher gesagt hatte, daß Schule sei — und so die Kinder entführt hat.

Die Kinder werden auf Wagen abgeholt; es ist vorgekommen, daß ein Rittgequatscher, um den andern die Kinder wegzuschleppen, einen Wagen mit einer Rüstbande voranzufahren ließ. Um die Kinder zu locken, wird ihnen Kuchen, Limonade und Bier versprochen, auch wohl gegeben. Manche Rübenbauer halten die Auszahlung des Arbeitsgelbes so lange als möglich hin, um die Kinder am andern Tage zum Wiederkommen zu zwingen. Werden durch solche Klünste die Kinder ihren Orts-Rübenbauern entzogen, so verlangen diese die Beerdigung der Rübenferien.

die allerdings nach der Verfügung der königlichen Regierung nur für den eigenen Ort gegeben werden dürfen. Darüber murren jedoch wieder die Eltern der armen Kinder, daß diesen der bessere Verdienst entzogen werden soll. Der tägliche Verdienst eines Kindes beträgt 50-80 Pfennig.

Einige Total-Schulinspektoren haben den Großgrundbesitzern, die bisher nur 50 Pfennig gegeben hatten, rund heraus erklärt, daß für solchen Spottpreis keine Rübenferien bewilligt würden. Auf einem großen Dorfe bei Halle haben die Kinder in diesem Jahre eine Mark verlangt, und als ihnen dies nicht bewilligt wurde, haben sie die Weltmode mitgemacht und — gestreift; doch, wie gewöhnlich beim Streik, sind auch sie unterlegen, denn die Orts-Rübenbauer erhielten für 80 Pfennig Kinder von benachbarten Dörfern.

Von allen Arbeitern aber haben diese Kinder die längste Arbeitszeit; das Tagewerk dauert von 5 Uhr früh bis Abends gegen 9 Uhr, sogar an Feiertagen, wie Einsender dies am Dimehlsfahrtsfeste und am nächsten Sonntag erlebt hat. Hat das Verziehen auf entfernten Dörfern stattgefunden, so kommen die Kinder erst gegen 11 Uhr Abends nach Hause. Wenn gewisse Groß-Grundbesitzer in solcher übermäßigen und gesetzwidrigen Ausbeutung die Jugend großziehen helfen, dann mögen sie aber auch bei anderer Gelegenheit nicht klagen über materialistischen und unfruchtlichen Sinn der Arbeiter — gerade diese Herren sind die größten Volksverderber. Manche Total-Schulinspektoren geben zum Verziehen der Rüben nur den Nachmittag frei, aber dann geht es bis in die tiefste Nacht hinein; die Kinder haben zu der kleinsten häuslichen Schularbeit keine Zeit, und die oben geschilderten Zustände der Rübenferien schleppen sich dann noch länger hin. Sind die verschiedenen Rübenfelder im Wuchse ungleich, oder wird das Rübenverziehen durch Regenwetter unterbrochen, dann wideln sich die Rübenferien noch trauriger ab; ein paar Tage Schule, ein paar Tage Ferien; bei solchem Stillsitzen in der Schule ist aber die Peinigung gleich Null.“

Dieser Artikel hat, wie gesagt, schon vor Jahren in der „Preuß. Schulzeitung“ gestanden; aber etwas in der Sache gechehen ist immer noch nicht. Weshalb wohl nicht? Die Antwort ist ja wohl nicht so schwer.

Der „Köln. Arbeiterztg.“ entnehmen wir folgende interessante Notizen über die **Verschuldung des Bauernstandes in den Rheinländern:**

Die Verschuldung ist das Kreuz des Bauernstandes. Das Wort „freier Grundbesitzer“ ist ein Hohn auf unsere Bauern. Genau die verzweifelte Lage der ländlichen Bevölkerung festzustellen, ist bei dem mangelnden statistischen Material ein Ding der Unmöglichkeit. Immerhin aber genügen die vorhandenen Angaben, um einen Einblick in die vom Kapital abhängige Stellung des Bauernstandes zu erhalten.

Im folgenden möge uns zunächst der Regierungsbezirk Düsseldorf mit seinen 21 Kreisen näher beschäftigen. In allen Kreisen ist die Verschuldung eine drückende und von Jahr zu Jahr, trotz unserer Schutzpolitik, stetig steigende. Beigegebene Tabelle, die noch an Beispielen erläutert werden soll, ist ein Gradmesser für die Höhe des Schuldenstandes.

Im Kreise beträgt die Verschuldung Prozent des Grundvertheils:

Kleve	71,8 Prozent.
Rees	66
Geldern über	50
Kempen bis zu	88
Weitmann	30-75
Lennepe	50-60
Solingen	60

In den anderen Kreisen sieht es nicht besser aus; zahlenmäßige Nachweise sind hier wegen mangelnder Unterlagen unmöglich.

Doch mögen für diese Kreise aus den Berichten, welche seiner Zeit auf Anregung des Ministers für Landwirtschaft abgefaßt wurden, einige Stellen angeführt werden. So wird aus dem Kreise Essen berichtet, die Lage des Bauernstandes, welcher allmählich seinem Ruin entgegengeht, habe sich erheblich verschlechtert; aus dem Kreise Märs, es sei notorisch, daß mancher Bauer Gelder aufnehmen mußte, um die aus den Erträgen noch deckbaren Zinsen bezahlen zu können.

Die letzte Bemerkung zeigt, wohin der freie Bauernstand

treibt. Die Bodenpreise werden bei zunehmender Bevölkerung bei schlechten Ernten immer höher, die Produkte folgen dagegen trotz des Kornzolls mehr oder weniger dem billigeren Weltmarktpreis, immer unerträglicher wird das Verhältnis zwischen Ertrags- und Bodenwert, und die Folge ist die rapide Steigerung der Schuldenlast.

Dabei ist der Bauer bei den hohen Schuldzinsen mit vier und fünf pCt. gezwungen, die ganze Bodenrente, die bei kleinen Besitzern fast gleich Null ist, und meist noch einen Theil des Arbeitslohnes, den Gläubigern auszusahlen.

Einige Beispiele illustriren am besten die Abhängigkeit der Bauern vom Kapital.

25 Bauern der Gemeinde Palsdorf im Kreise Kleve kamen vor Jahren bei der Provinzialverwaltung um ein Darlehensgeschuld von 510 000 Mark ein. Der Güterwert, auf welchen diese Summe aufgenommen werden sollte, beträgt etwa 714 000 M. wobei derselbe höher taxirt ist, als nach dem Ertrage gesehen sollte. Jeder der Bauern mit nicht ganz 20 ha durchschnittlich ist nichts anderes, als der Bedienstete seiner Gläubiger, der allein dadurch noch existenzfähig ist, daß er seine Arbeiter ganz gering lohnt und selbst keine Ansprüche ans Leben macht.

Als eine „gute“ Gemeinde im Kreise Kempen gilt Schmalbroich. Dieselbe war im Jahre 1882/83 mit 927 555 Mark belastet bei 1000 ha Eigenbesitz. Noch mehr Schulden haben die Syrtumer im Kreise Mülheim. Bei 1196 ha Ackerlandes 5 218 139 Mark Hypothekenschulden!

Zwar zeigt noch die Häufigkeit und Zahl der Substationen den verschuldeten Zustand des Grundbesitzes an, doch in der Mehrzahl der Fälle wird vor dem vollständigen Kraach meistens der ganze Besitz freiwillig verkauft. Die Bauern sind oft derart in den Händen ihrer Gläubiger, daß sie zu wahren Spottpreisen diesen ihre verschuldeten Acker ablassen.

Wie sehr die Bauern selbst schon ihre Abhängigkeit vom mobilen Kapital begreifen und praktische Folgerungen daraus ziehen, das beweisen diejenigen Grundbesitzer, welche ihren Grund und Boden an Kapitalisten verkaufen, um sie von diesem dann zu 3-4 pCt. des Verkaufspreises wieder in Pacht zu nehmen. Das ist die Leibeigenschaft des mobilen Kapitals im wahren Sinne des Wortes.

Die Ursachen der Verschuldung liegen fast durchgehends nicht an persönlicher Untüchtigkeit der Grundbesitzer.

Einmal kommen die schlechten Ernten in Betracht, welche sich in den letzten Jahren geradezu unablässig zeigen. Sodann ist es aber ganz besonders die Konkurrenz des landwirtschaftlich überlegenen Auslandes, die besonders noch erhöht und verschärft wird durch unsere technisch zurückgebliebene Produktionsweise und die in den Eigentumsverhältnissen begründete Zwergwirtschaft.

Daß selbstverständlich von Seiten unserer Gegner dem geistig bedürfnislosen, leider zu bedürfnislosen Bauernstande firtliche Vorwürfe gemacht werden, daß zeigt sich auch hier bei Beantwortung, woher die Schulden kommen.

Da sind sozial gut situirte Leute schnell fertig mit ihrem Urtheil und so haben verschiedene Berichterstatter im Hang zu angenehmem Leben, in Bergnügungssucht und schlechter Wirtschaft, den Grund zu der Verschuldung des Bauernstandes im Regierungsbezirk Düsseldorf gefunden. Aus den Kreisen Kempen und Märs wird von übertriebenem Luxus der Bevölkerung geredet, — als ob der Bauernstand so luxuriös leben könnte!

Selbstverständlich wirken noch eine Reihe anderer Gründe bei der Verschuldung mit, die aber alle auf die oben erwähnten Hauptgründe sich zurückführen lassen. Da sind die hohen Bodenpreise, die ganz enormen Steuerlasten, der Mangel an Betriebskapital, die „hohen“ Arbeitslöhne, endlich die Erbtheilung zu erwöhnen, welche den Einzelnen in die Abhängigkeit vom Kapitale bringen.

Im letzten Grunde aber sind die Eigentumsverhältnisse und der daraus resultirende technisch unvollkommene Zwergbetrieb, der nicht mehr Schritt halten kann mit der Konkurrenz des Auslandes.

Diese Eigentumsverhältnisse zu ändern, danach strebt die Sozialdemokratie, denn ohne Aenderung derselben ist auch der zum allgemeinen Wohle notwendige technische Fortschritt für unsere Bauern eine Unmöglichkeit; und darum hat auch die ländliche Bevölkerung nur von der Sozialdemokratie Rettung aus ihrer abhängigen Nothlage zu erwarten.

Staatarbeiten.

4500 Cu.-Mtr. Klobenholzstaakung soll ohne Lieferung von Material an Geisellen direct vergeben werden. Zahlung wöchentlich. Meldungen mit Forderung unter **B. S. 5, Postamt 7.**

Allen Freunden und Genossen empfehle mein reichhaltiges Lager von

Cigarren, eigenes Fabrikat, Tabak und Cigaretten.

J. Ulbrich,

Skalitzerstr. 41, nahe d. Kaiserplatz.

Franzbinderei u. Blumenhandlg.

von **J. Meyer**

Berlin SO., Wienerstraße 1,

(in der Ecke bei der Mantuffelstraße).

Bekannte Preise. Auch Versandt.

Pünktlich und gut.

Bernsprecher, Amt IX, 9482.

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine

Kind- u. Schwineschlädtere in freundliche Erinnerung.

Zentr.-Markthall. Stand 148.

Carl Aurin.

Stempel

aus Kautschuk und Metall

liefert schnell und billig die Fabrik von

Robert Hecht

Berlin S. 55, Oranien-Str. 55.

Wiederverkäufern hohen Rabatt.

Der Arbeits-Nachweis

der **Klavier-Arbeiter**

Bei Bedarf von **Glas-Arbeiten**, sowie **Bilder-Einrahmungen** empfehle ich mich den Genossen. Nach Auswärts brieflich gegen **Nachnahme.**

Karl Scholz, Wrangelstr. 32, part.

Die seit 1877 bestehende, weltbekannte

Uhrenfabrik

von **MAX BUSSE**

157. Invaliden-Strasse 157, neben der Markthalle,

verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von

Gold-, Silber-, Granaten- und Korallenwaaren

zu sabelhaft billigen Preisen.

Spezialität: Ringe.

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Restaurant zum „Zukunftsstaat“

Adolph Scholtz,

Bastanien-Allee Nr. 35. (Bis 12 Uhr Nachts geöffnet).

Arbeiterliteratur inkl. „Gazeta Robotnicza“ liegt aus.

Genossen empfehle mein Outgeschäft. **Arbeits nur mit Fabrikanten**, welche sich der **Kontrollmarken deutscher Outmacher** angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Meerschaaum-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: **Portraits** bewährter sozialistischer Führer (Gassale, Marx u. A.), in **Cigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlipshadern, Mandjettenknöpfen, Stöcken** und **Prothen**, en gros. en detail.

B. Günzel, Brunnenstraße 157, am Rosenthaler Thor.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein reichhaltiges

Cigarren- u. Tabak-Geschäft

Spezialität: **Amerikanische, russische u. türkische Cigaretten.**

Ernst Arndt, Skalitzerstr. 107, Ecke d. Mantuffelstr.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein reichhaltiges

Wendt's Salon

Rödlinerstraße 17, früher Brandenburgstr. 33.

Empfehle allen Freunden und Genossen meinen

Ball-Salon.

Rudolph Wendt.

Cigarren-Geschäft

F. Wiese

Rottbuser Platz, Ecke Skalitzerstraße 15

wird Qualitätswaren in empfehlende Erinnerung gebracht.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht,

daß ich das **Schönfeld'sche**

Weiß- und Bairischbier-Total

mit **Vercinszimmer** käuflich übernommen habe.

Um freundlichen Besuch bitte!

Wilhelm Grube, Mariendorferstr. 10.

Beiträge zum Wahlverein und zur Arbeiter-

bildungsschule werden entgegengenommen, auch

Eintrittskarten zur Bildungsschule sind zu haben.

Empfehle Freunden und Genossen mein reich-

haltiges Lager von

Cigarren u. Tabake.

Dieselbst Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins

und der Gürtler-Hilfskasse. Haupt-Agentur der

Berliner Feuer-Versicherung.

Otto Klein

Rottbuser Danm 14, früher Ritterstr. 15.

Rohtabak

H. Herholz,

Brunnenstr. 145.

Cigarren eigener Fabrik

von **Heinr. Bräuer**, Reichenbergerstr. 143.

Freunden und Genossen bestens empfohlen.